

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verordng. -Verordng. für 1894 unter Nr. 6919.

Inserions-Gebühr beträgt für die langgespaltene Zeile über deren Raum 40 Pfg. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: J. M. 1. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 29. März 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

An unsere Leser.

Der heutigen Nummer des „Vorwärts“ liegt — für die Berliner Abonnenten — je ein Exemplar des Flugblattes bei, das während der Osterferien in Berlin vertheilt wurde. Das Flugblatt spricht für sich selbst. Möge es seinen Zweck erfüllen!

Wir wenden uns heute nochmals an unsere Abonnenten, weil sie, als Abonnenten, die Bedeutung des Partei-Organs kennen und darum auch gewillt und geneigt sein werden, für die Verbreitung desselben thätig zu sein. Unsere Leser wissen, daß es sich bei Verbreitung des „Vorwärts“ nicht um Privatinteressen handelt, sondern einzig um das Partei-Interesse. Wohl läßt das Partei-Organ noch mancherlei zu wünschen übrig — wir sind die Lezten, dies leugnen zu wollen. In einer jungen Partei wie der unsrigen, die sich obendrein fast ausschließlich aus den Enterbten der Gesellschaft zusammensetzt, sind die literarisch geschulten Kräfte naturgemäß seltener als in den kapitalistischen Parteien, deren Angehörige zum größten Theil die dem arbeitenden Volke verschlossenen, höheren Bildungsstätten besuchen konnten. Wir müssen uns die Kräfte erst heranziehen. Allein um so mehr bedarf die Parteipresse der Unterstützung der Genossen. Und gerade weil der Masse unserer Abonnenten die Möglichkeit wissenschaftlicher Ausbildung verweigert war, haben sie ein doppeltes Interesse, den „Vorwärts“ zu verbreiten; denn die Parteipresse ist nicht bloß das mächtigste Kampfmittel, sie ist auch das wirksamste Erziehungsmittel einer Partei. Und für uns gilt beides in ganz besonderem Maße, weil wir eine Kampfpartei sind, und weil unsere Stärke in der Wissenschaft liegt, die selbständig in allen Einzelheiten zu studiren zwar nur Wenigen der harte arbeitenden Genossen vergönnt ist, deren Lehren und Substanz in den Grundzügen aber alle erfasst haben müssen, wenn sie auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen, und aktive, kämpfende Soldaten der Sozialdemokratie sein wollen.

Und je größer die Zahl unserer Abonnenten, desto mehr können wir für die Bildung unserer Leser thun, desto mehr Raum hat der „Vorwärts“ für alle Erscheinungen des öffentlichen und geistigen Lebens.

Seht ist unser Organ schon weitans das verbreitetste Parteiblatt in Berlin. Aber das genügt nicht. Unsere Partei ist die stärkste in Berlin; sie hat bei den letzten Wahlen fast ein Drittel mehr Stimmen auf sich vereinigt, als alle übrigen Parteien zusammengenommen — der „Vorwärts“ muß hier in Berlin mehr Abonnenten haben, als alle übrigen Par-

teiblätter zusammengenommen! Erst dann hat er die Verbreitung und die Macht, die ihm als dem Tagesorgan der Berliner Sozialdemokratie zukommen. Dies herbeizuführen, ist die Partei in Berlin sich schuldig. Und daß dies erreicht werde, liegt in der Hand unserer Berliner Abonnenten und Genossen. Wir rechnen auf sie. Bemühe ein Jeder sich, die Zahl der Abonnenten zu vergrößern! Was für den „Vorwärts“ geschieht, das geschieht für die Partei und jeder Genosse hat Nutzen davon. Denn der „Vorwärts“ gehört der Partei; er ist nicht das Eigentum einer geldmachenden Clique, wie die Organe der kapitalistischen Parteien — er ist Eigentum und Organ der Partei; er steht jedem Parteigenossen offen, und er kann seine Aufgabe nur erfüllen durch die Mitarbeit der Genossen.

Den am 1. April neu hinzutretenden Abonnenten wird der neue Roman, den wir seit gestern begonnen haben, — der „Jude“ von Spindler — die Veröffentlichung der Novelle Vera Boronhoff mußten wir einstellen — vollständig nachgeliefert. Und diesem Roman, der die Zustände zu Anfang des 15. Jahrhunderts (Guh, Judenverfolgungen, Behme) in spannender Weise schildert, wird ein — ebenfalls geschichtlicher — Roman folgen, der hier in Berlin spielt und zwar im März 1848.

Und nun Genossen! Auf an die Arbeit für Euer Organ!

Die Reichspost als staatliche Musteranstalt.

In unserem Leitartikel in Nr. 64 vom 17. d. Mts. sind wir heute in der Lage, einige interessante Einzelheiten nachtragen zu können. Als Frau Weber am 10. Dezember 1892 ihr Bittgesuch an Herrn v. Stephan abhandelte, befand sie sich noch zum Bahnhofsamt 2 in dem seit Jahren unangehabten Verhältnis als Reinemachefrau, das ihr monatlich 20 M. eintrug. Am 12. Dezember, zwei Tage nach Absendung des Schreibens, wurde ihr diese Beschäftigung plötzlich zum 1. Januar gekündigt. Diese Kündigung, die eine Quelle ihres Lebenserwerbs verstopfte, mußte um so auffällender erscheinen, als in den ersten Jahren der Thätigkeit ihres Ehemannes auf dem benannten Amte als Bureaudienner die Geschäfte des Reinemachens ebenfalls von einer fremden Frau besorgt worden waren.

Zu der Erwidrerung, die Herr Griesbach dem Gesuche

der Frau angebeihen läßt, ist zu bemerken, daß seit längerer Zeit schon die vorliegende Arbeit als für eine Kraft zu viel erkannt und sowohl an den Vor- als auch an den Nachmittagen eine Aushilfe eingestellt wurde.

Interessant ist nun zu sehen, wie für die hinterbliebene Familie gesorgt wird. Gegen die lächerlich geringe Pension von 18,90 M. monatlich ist — leider — nichts zu unternehmen, weil die betreffenden Sätze gesetzlich feststehen. Aber es existiren Stiftungen und Fonds, um die Lage der Wittwen und Waisen zu heben. Beispielsweise sind im Postetat unter Titel 44 505 000 M. ausgeworfen „zu Unterstützungen von Post- und Telegraphenbeamten und Unterbeamten im Ruhestande und zu Unterstützungen und anderen Bewilligungen für die Hinterbliebenen von Post- und Telegraphenbeamten und Unterbeamten“; beispielsweise besteht eine Kaiser Wilhelm-Stiftung, die dem Herrn v. Stephan speziell unterstellt ist, in deren Statuten sich folgende Vorschrift befindet: Die Stiftung soll die Wohlfahrt der Angehörigen der deutschen Reichs-Postverwaltung fördern, insbesondere den Beamten dieser Verwaltung, ihren Familien und ihren Hinterbliebenen zur Hebung ihrer sittlichen und geistigen Bildung, sowie zur Förderung ihres materiellen Wohls Unterstützungen gewähren.

Wie die Postverwaltung diesen ausdrücklich festgelegten Verpflichtungen nachkommt? In welcher Art sie das „materielle Wohl“ zu fördern versteht? O, in vorzüglicher Weise! Weihnachten des letzten Jahres erhielt die Frau als ansehnliche Unterstützung — 10 Mark, und da sie seit der Zeit mit geringen Unterbrechungen krank und bettlägerig ist, so wurden ihr auf ihr wiederholtes Gesuch vor Kurzem nochmals 20 Mark, das doppelte, überwiesen. Nun wird sie sich wohl für die erste Zeit beruhigen müssen.

Ja, die Förderung des „materiellen Wohls“! Es ist doch eine eigene Sache um diesen Punkt und man hört über ihn die verschiedenartigsten Ansichten. Als Herr Griesbach den Direktor eines Berliner Postamts, der als Nebenwalezent seinen Urlaub im Gebirge verbracht hatte, nach seiner Rückkehr mit 400 M. Unterstützung überreichte, obgleich der Herr Direktor über 6000 M. Gehalt bezieht, wer wollte bezweifeln, daß er sich da über die — „ausnahmsweise“ heißt es in den Vorschriften — Nothlage in gutem Glauben besand und wer wollte bezweifeln, daß er die Lage der Frau Weber durch 10 oder 20 M. gehoben hält. Aber das in der des Ernährers veranbten Familie herrschende Elend, die aus allen Winkeln lugende Armuth schreit zum Himmel; sie müßte auch das Herz eines hohen Vorgesetzten rühren, wenn er sich durch Inaugenscheinnahme von der Nothlage überzeugen möchte.

wohl nicht anstehen, mich der unverdienten Schmach zu erweipen.“

Der Goldschmied lächelte aber eiskalt, zuckte die Achseln und erwiderte: „Gestrenger Herr, im Handel und Wandel braucht man sein Geld, und daß des Letzteren nicht zu viel werde, sorgen schon treulich Kaiser und Reich, die Chetwirthin und ihre Kinderlein, und die Herren vom Stegreif. Deshalb bin ich außer stande, etwas zu thun, als Euch die fünf Schillinge nachzulassen, die Ihr mir noch gestern auf Euer Wort schuldig wurdet.“

„Ich wollte, alle Martinsfeuer, die gestern brannten, um Wetterschaden zu verhüten, schlugen über Euch alle zusammen und kochten Euch zu Brei und Muz!“ rief Gerhard in hohem Unmuth: „Rein Gaul, mein armer Gaul!“

„Ueberrnorgen soll ich in Costniz sein. Ich hab's den Schöffen Holzhausen und zum Braunsfels in die Hand geloben müssen. Der Kaiser giebt ein Turnier, auf dem ich zu Frankfurt und des Reichs Ehre mitstechen soll. Ich bin ewig beschimpft, erscheine ich nicht auf diesem Rennen. Und ohne meinen Roland, ohne mein gutes Pferd, komme ich nicht hin, kann ich nicht mitkämpfen.“

„Schlimm! sehr schlimm!“ meinten die adligen Herren und machten Miene, zu gehen. „Willst Du einen Römer Würzwein annehmen, so komme mit uns!“ sprach der Hornberger gutmüthig, aber Gerhard verweigerte alles mit Ungehum, und ließ die adeligen Brüder und Freunde ohne Widerrede ziehen. Trautwein blieb an der Thüre zurück.

„Hört noch ein Wort, lieber Herr.“ sprach er mit einiger Theilnahme: „Ob es gleich grimmig kalt in Eurer Stube ist, bin ich doch hinter jenen toben Gesellen zurückgeblieben, um Euch einen Rath zu geben.“

„Nun?“ fragte Gerhard, unwirsch auf und niedergehend. „Der Kaiser giebt wohl übermorgen kein Rennen zu Costniz, indem er noch in Aachen auf seiner Krönung verweilt.“ sagte Trautwein, „allein Eure Lage ist doch mißlich und es liegt außer meinen Grundzügen und Kräften, Euch zu dienen; aber es giebt noch andere Leute, die es

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

„Unterstehe Dich!“ rief Gerhard: „Plumper Nicht! Glaubst Du, meine Freunde werden mich verlassen?“

„Ei, Herr Junker.“ sprach der Wirth lächelnd: „Ihr seid zu alt in der Welt geworden, um das im Ernste sprechen zu können. Freunde werden Feinde, sobald sie helfen sollen. Und vollends die Euren, mit denen Ihr acht Tage gezecht und gewürfelt habt. Die einen sind auf der Landstraße besser zu Hause als in ihren vier verschuldeten Pfählen. Die anderen sind verdorbene Bürgerjöhne, die Gewerh und Fleiß an den Nagel gehängt haben, um das väterliche Erbe ohne Verzug durch die BURGEL zu jagen. Solche Martinismänner sind aber den Wirth nur bis zu einem gewissen Zeitpunkte willkommen Gäste. Doch horch; ... mich dünkt, ich höre ihrer etliche die Stiege heraufstürmen. Versuchet Euer Heil, Herr. Zwanzig Turnosen — die Pfenninge erlasse ich Euch — öffnen die Stallthüre und geben Euren Gaul freien Paß nach Costniz. Kein Albus weniger! verlaßt Euch darauf!“

Der Wirth ging ruhig von dannen, und an seiner Statt tobten vier Männergestalten herein, denen man die Ausschweifungen verwischener Nacht nicht wenig ansah. „Guten Tag! Bruder Hülshofen!“ brüllten sie im Chor und schüttelten dem Verdrücklichen die feisgewordenen Hände. „Wie geht es? wie geschlafen? warum ist's hier so versteinert kalt?“ — Gerhard zögerte keinen Augenblick, ihnen die unangenehme Lage, in der er sich befand, zu eröffnen. Die Freunde lachten aus vollem Halse und konnten sich gar nicht lassen vor muthwilliger Lust.

„Nun, das nenne ich doch in der Brähe sitzen!“ rief der baumlange Bernher von Hürzenhorn: „so fröhlich

wurde die Gans eingeläutet, und so traurig ist der Nachtsich!“

„Was ist aber da zu thun?“ sprach Wolf von Eppenstein! „Ich will dem Schwarzen sein mit Haut und Haar, wenn ich Dir helfen kann, Bunder Gerhard. Du weißt, daß uns der Sattel das tägliche Brot verschafft, — und deine Dienstherrn gerade, — daß sie Gott verdammen möge! — haben es uns so geschmälert, daß es eine Sünde ist. Die Konziliunsschreiber haben unserem Sedel zwar etwas eingebracht, aber Weib und Kind wollen auch leben, und Martinstag will auch gefeiert sein. Da haben wir uns denn hier zusammengethan, in Friede und Eintracht die Milch unserer lieben Frauen reichlich genossen, und müssen dafür morgen lahl wieder abziehen.“

„Hilf Dir selbst!“ rief der wilde Hornberger weit: „Brich die Stallthüre auf und reite dem verdammten Kneipenwirth vor der Nase weg. Ich helfe Dir, und je mehr Auslauf es giebt, desto besser.“

„Die Frankfurter sehen mich auf den Eschenheimer Thurm, erfahren sie dergleichen?“ versicherte Gerhard kopfschüttelnd. — „Euch aber, meine Freunde,“ fuhr er fort, —

„Euch wäre es ein Leichtes, mir zu helfen, — denn das Frühjahr bringt Euch wieder Mehlente und Marktschiffe, die Euch das kleine Darlehen reichlich ersetzen, — kann ich's bis dahin nicht erstatten.“

„Ich schwöre einen körperlichen Eid, daß ich nicht helfen kann!“ behauptete der Herr von Hürzenhorn, und der Eppensteiner holte eine in vergoldetem Kupfer gefaßte Reliquie des heil. Marcellinus aus seinem Wamms, auf welche alle drei Edelleute in aller Eile und bester Form den theuersten Schwur leisteten, daß sie außer stand seien, für ihren gemeinsamen Freund das Gerینگste zu thun. — Gerhard, wohl wissend, ein solcher Eid mache ein unwiderstehliches Ende, — sei er auch noch so falsch, — wendete sich alsdann zu dem vierten Freund, der bis jetzt ein stummer Zuhörer des Auftrittes gewesen war. „Werde ich auch bei Euch vergebens anhalten, lieber Trautwein?“ sprach er zudersich: „Ihr habt des Vermögens viel, habt mir gestern erst im Hofgarten all' mein Klingendes abgenommen und werdet

Und nun noch eine Frage. Auch der verstorbene Post-
schaffner Weber gehörte zu denjenigen Unterbeamten, die sich
— freiwillig natürlich — verpflichtet hatten, von ihrem
länglichen Gehalt zu dem rühmlich bekannten Töchterhort
— Jungfernheim genannt — einer postalischen Wohlfahrts-
einrichtung, monatlich ihren Hoberus beizutragen. Zwar hat
auch Weber ein Töchterden hinterlassen, von Fürsorge für
die Waise seitens des „Horts“ ist jedoch bis jetzt nichts zu
merken gewesen. Vielleicht schreiben die Statuten dies nicht
speziell vor. Wir wissen das nicht genau. Zu Dank ver-
pflichtet wären wir jedoch, wenn wir über diesen Punkt
aufgeklärt würden und bei dieser Gelegenheit auch die
Summe namhaft gemacht werden könnte, die der Tochter
des verstorbenen Ober-Postdirektors Schiffmann alljährlich
aus dem „Hort“ zufällt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. März.

Das Verbot der elsass-lothringischen „Volk-
zeitung“ wird in der Presse, soweit sie nicht ausgesprochen
reaktionären Bestrebungen dient, allgemein verurteilt. So
spricht sich ein reichsländischer Korrespondent der „Frank-
furter Zeitung“ dahin aus, daß die Maßregel dort in
weitesten Kreisen peinliches Aufsehen erregt habe und für
durchaus ungerechtfertigt erklärt werde. Auf den wahren
Grund zu dieser Anwendung des Diktaturparagraphen
kommt er dann mit folgenden Worten:

Das Verbot der „Volkzeitung“ bildet das letzte Glied in
der Kette der zur Bekämpfung der reichsländischen Sozial-
demokratie beliebten Maßregeln. Seit geraumer Zeit ver-
wendet man in Elsass-Lothringen mißbräuchlicherweise die Aus-
nahms-Gesetze als Surrogat des Sozialistengesetzes.
Den Ausweisungen, Wirtschaftsschließungen, der Nicht-
genehmigung sozialistischer Vereine und Versammlungen schließt
sich das Verbot der „Volkzeitung“ würdig an. In den
Reichslanden hofft man immer noch, dem Sozialismus durch
den Polizeistock beizukommen, obwohl die bisherige Mißerfolge
eines Besseren belehren sollten. Das Verbot der „Volkzeitung“
entbehrt nicht eines symptomatischen Beigeschmacks. Unmittelbar
nach den Osterferien kommen im Reichstage die Anträge auf
Abkündigung der elsass-lothringischen Ausnahms-Gesetze zur
Verhandlung. Wie es scheint, wollte man durch das in zwölfter
Stunde erfolgte Vorgehen gegen das Landesorgan der Sozial-
demokratie ungewöhnlich funktionslos machen, daß man auf die „Sicher-
heitsventile“ der Ausnahms-Gesetze weder verzichten wolle noch
lösen. Sache des Reichstags ist es, nach Kräften dazu beizutragen,
daß das System der Ausnahms-Gesetze zu Fall kommt,
daß den gesamtstaatlichen Rechtszustand dem Willen der Verwaltung
überantwortet, eine unüberbrückbare Kluft zwischen Altdeutschen
und Altelsässern schafft und ein Hauptmoment für die Gefun-
dung der politischen Verhältnisse der Reichslande bildet.

Rechnlich spricht sich sogar die „Vossische Zeitung“ aus,
indem sie ihren Artikel mit den Worten schließt:

„Alles, was für die Aufhebung des Sozialistengesetzes im
übrigen Reiche sprach, das spricht auch für die Aufhebung der
Diktatur in den Reichslanden. Das jüngste Verbot beweist
nicht, daß die Bahn für eine solche Aenderung noch nicht
frei ist, sondern daß es hohe Zeit ist, mit Bestimmungen an-
zuräumen, die die reichsländischen Bürger zu Deutschen zweiten
Ranges machen und den Ausöhnungsprozeß nicht fördern,
sondern hemmen, während für die Sicherheit Elsass-Lothringens
offenbar auch ohne außerordentliche Vollmachten und ohne
Prätorienanordnungen hinreichend gesorgt ist.“

Mit dem gewöhnlichen Reptilienneugier legt sich natürlich
die „Post“ für die Berechtigung des Verbots ins Zeug.
Das konservative Blatt sucht die liberalen Blätter
darüber zu beruhigen, daß sie ja nichts Ähnliches zu befürchten
hätten in den Reichslanden; nur auf die bösen Sozialdemo-
kraten sei es abgesehen.

In unseren Bemerkungen zu der Sache vermißt sie
„alle Vaterlandsliebe und Pietät“. Nun, wie wir ur-
theilen wohl alle unsere Parteigenossen. So schreibt das
Hamburger Echo: „Ein besseres Zeugnis dafür, daß die
Sozialdemokratie in Elsass-Lothringen
eine geistige Macht geworden ist, konnte Fürst Hohen-
lohe nicht ausstellen, als indem er das Verbot unseres
Partei-Organs diktirte. Unsere Genossen werden mit diesem
Gewaltstreich sich abzufinden wissen, und wahrlich nicht
zum Schaden der Partei!“

Zur Anekdote der Vereine hat das Ober-
verwaltungsgericht einen neuen Beitrag geliefert.
Ein welfischer Verein in Wendland (Provinz Han-
nover) hatte ein Tanzergnügen veranstaltet, das von der
Orts-Polizeibehörde verboten wurde, weil Frauen daran

theilgenommen. Nachdem der Beschwerdeweg betreten worden
war, entschied schließlich das Oberverwaltungsgericht, daß
Vereine, welche neben dem Zwecke politischer Erörterungen
in Versammlungen noch andere Zwecke verfolgen, als
politische Vereine der Beschränkung unterliegen und daß
Frauen den Versammlungen derselben auch dann nicht
beizuwohnen dürfen, wenn diese ausschließlich an-
dere Zwecke als den politischen Erörterungen
dienen sollen, z. B. musikalisch-dellamatorische Abend-
unterhaltungen mit Tanz, Feste-Abende mit Damen zum
Lesen von Dramen mit vertheilten Rollen.“

Auch dieser Vorgang weist wieder darauf hin, wie
bringend die Sicherung des Vereinigungsrechtes durch ein
Reichs-Vereinsgesetz geworden ist.

Zunckerliche Falschmünzerei. Die Herren Karborff
und Genossen haben im Reichstag bekanntlich einen Antrag
eingebracht, der die Ausprägung guter vollwerthiger Silber-
münzen bezweckt, die, anstatt Gold zu nehmen jeder, auch
der Ausländer, gezwungen werden soll. Man muß die
ganze Vornurtheit eines preussischen Krantjunkeles haben,
um sich einbilden zu können, das Inland und das Ausland,
d. h. der Weltmarkt, würde sich durch einen Reichstags-
beschluss zur Annahme minderwerthigen Geldes zwingen
lassen! Wenn wir sagen minderwerthigen, so ist das eigent-
lich ein zu milder Ausdruck. Denn was die Herren Junker
wollen, das ist, daß das Silber zu dem Preis von 1873,
wo das Kilogramm 180 Mark in Gold werth war, aus-
geprägt werde. Heute ist das Kilogramm aber bloß noch
80 Mark werth, das heißt sechzig Prozent weniger. Das
Mandir der bimetalistischen Herren Junker bedeutet also
die gemeinste Falschmünzerei, wie sie beiläufig von
den Vorfahren der Herren Junker im Mittelalter bis
in die neuere Zeit sehr häufig geübt wurde, als das Raub-
ritterhandwerk sich nicht mehr mit der gewünschten Sicher-
heit ausüben ließ. Das Publikum soll den Herren Junker
für je 80 Mark in Silber für 180 Mark Gold geben —
darauf läßt der Kniff hinaus. Freilich den 80 Mark in
Silber ist „vollwerthig“ ausgeprägt: 180 Mark, allein
außer im Zirkelhaus wird kein Mensch sich finden, der die
180 Mark für mehr als 80 Mark nimmt. Fast noch größer
als die Unerschämtheit dieses Falschmünzplans ist der
Köhlerglaube der Arbeiter, irgend jemand würde auf diesen
groben Schwindel hereinfallen. Und gar das Ausland! —

Den politischen Vaukrott der kapitalistischen
Parteien konstatirt heute auch die „Post“, indem sie nach
einem neuen Sozialistengesetz zeteret. Das Organ
der „Votschastepartei“ hätte sich die Mühe wohl sparen
können. Freilich, es ist naiver als andere Blätter, und
plaudert läßlich aus der Schale, daß der Sozialdemokratie
„mit Wort und Schrift“, also mit den sogenannten „geistigen
Waffen“ nicht beizukommen sei und daß die vorjährige (Zu-
kunftstaats-) Sozialisten-Debatte ein „gänzlicher Mißerfolg“
gewesen. Armer Eugen Richter! Armer Bachem u. Comp.!

Die Schorlemerei soll in Westfalen zu neuem Leben
erweckt werden durch eine vom 1. April ab in Münster
erscheinende neue Zeitung „Der Westfale“ die „in
kirchlich-politischer Hinsicht den Standpunkt des Zen-
trums nach den Grundätzen der Mallinkrodt, Wind-
horst, Schorlemer und Reichensperger vertreten, von ein-
seitiger Interessvertretung sich fernhalten und insbesondere
für die Erhaltung und Kräftigung des Mittelstandes ein-
stehen will.“ Die neue Zeitung darf wohl, so wird der
„Köln Volks-Zeitung“ geschrieben, als „Abschluß oder viel-
leicht auch als neuer Anfang der Bewegung angesehen wer-
den, die gelegentlich der letzten Militärvorlage und Reichs-
tagswahl durch Herrn v. Schorlemer-Mit zuerst an die
Öffentlichkeit trat.“ Ein solches Bemühen kann nur darauf
hinauslaufen, die Kunst im Zentrum zu erweitern.

Rückgang der Zentrums-Partei in Bayern zeigt
sich auch bei den jüngst in Bayern vorgenommenen Neu-
wahlen zu den Landräthen (Bezirksvertretungen). Wie
niederbayerische Blätter berichten, ist, soweit man in Nieder-
bayern die Wahlen aus den Vertretern der Distrikts-
gemeinden übersehen kann, das Zentrum zumeist unter-
legen, in anderen Bezirken nur knapp durchgedrungen. Es
ist das auf den Einfluß der bauernbündlerischen Bewegung
zurückzuführen, der bei der Reichstagswahl dem Zentrum
in Niederbayern bereits drei Wahlsitze gekostet hat.

In Frankreich werden Tag für Tag „Anarchisten“
verhaftet, und die Verhafteten gehören fast alle „Diebs-

banden“ an. Alle Diebe in Frankreich, mit Ausnahme der
großen und ganz großen, scheinen sich Anarchisten zu
nennen.

Ein Abtrünniger. Herr Yves Guyot, ehemaliger
Minister in Frankreich, grimmiger Feind der Arbeiter-
bewegung und des internationalen Sozialismus, war einst
das Gegentheil von allem dem, was er jetzt ist, namentlich
war er ein glühender Anhänger der Rommune, die er
heute als das höchste Verbrechen bezeichnet, und in seinem
Blatt, dem „Siccle“, tagtäglich mit Roth zu bewerfen sucht.
Jetzt ist ihm nun zur Strafe seine Vergangenheit ins Antlitz
geschleudert worden. Man schreibt uns darüber aus Paris
unterm 24. d. M.:

Wie jeder Sozialistenfresser gleichzeitig ein Kommardens-
fresser, so auch Yves Guyot, der, seit er weder Minister noch
Abgeordneter ist, aber beides zu werden krankhaft bestrebt ist,
keinen Tag verstreichen läßt, wo er sich nicht als den besessenen
Gesellschaftskletterer hinstellen würde. Darum mußte auch gerade
er in der Zeit des „neuen Geistes“ von Parlament und
Regierung ausgeschlossen sein, er, der durch seine
Beitragungen in den jüngsten Monaten veröffentlichten „Werke“:
„La Tyrannie socialiste“ (Die sozialistische Tyrannei)
und „Les Principes de 1789 et le Socialisme“ (Die Prinzipien
von 1789 und der Sozialismus) am besessenen erscheint, diesen
„neuen Geist“ zu vertreten. Was Wunder darum auch, daß er
in seinem „Siccle“ täglich die Regierung der Schwäche gegen die
Sozialisten zeigt. Er, er würde sie bald zum Schweigen bringen.
Wäre er an der Spitze der Regierung gestanden, dann hätte er
ihnen auch die Luft, den Jahrestag der Pariser Kommune zu
feiern, gründlich ausgeblasen. Denn was war die Kommune?
Nichts als eine Hand voll von Verbrechern und ihre Handlungen
nichts als Mord und Brandstiftung. Freilich dachte Herr Guyot
nicht immer so, wie ihm diese Jules Guesde in der heutigen
„Petite République“ nachweist. Ja, der Kommardensfresser
war zur Zeit der Kommune selber ein Kommard, wie dies
seine Pariser Briefe, die er damals an das von Guesde in Mont-
pellier herausgegebene Journal „Les Droits de l'Homme“ (Die
Menschenrechte) richtete, zur Genüge dokumentiren. Hier nur
einige Auszüge, welche gleichzeitig zeigen, daß die Republik
— was die Yves Guyot und Konjorten heute zu leugnen
suchen — im Lager der Föderisten stand und sie ohne die
proletarische Erhebung von Paris sicherlich hingemordet worden
wäre: Unterm 19. März 1871 schreibt er: „Die Reaktionäre,
die gestern noch den unerbittlichen Tod der Republikaner ver-
langten, sind erschauert, sich noch am Leben zu befinden, und die
Republikaner athmen voll auf und sagen: Es ist das erstmal,
daß wir uns wirklich in einer Republik fühlen. Die Herren der
Majorität (der reaktionären Nationalversammlung) haben nichts
von Paris wissen wollen. Es ist ein Dienst, den sie uns er-
weisen haben. Paris will nun nichts von ihnen wissen.“ Zwei
Tage später erhebt er sich gegen das Geschrei, daß die
Generäle Clément Thomas und Secombe ohne gericht-
liches Urtheil erschossen worden seien. Und die
Kriegsräthe des 2. Dezember (Staatsstreich Napoleons III.),
ruft er, waren sie denn ordentlich eingeseht als dieser
Rath der Soldaten, die ihren General erschossen haben,
weil er ihnen befohlen hatte, auf eine Menge zu schießen, die
ihre Ketten in die Höhe richteten.“ Bezüglich des Juristhofes
der Ordnungsbände, die am 22. März unter dem Aufse: „Nieder
mit den Mördern!“ „Nieder mit dem Zentralkomitee!“ vor den
Gendarmenplatz zogen und auf ihrem Wege dahin mehrere National-
gardisten entwaffnet hatten, schreibt er unterm 23. mit einem
Hinweis auf die Ordnungsblätter, die von einem Schiessen auf
„friedliche Manifestanten“ sprachen: „Wenn es eine monarchische
Regierung gewesen wäre, die so gehandelt hätte, würden alle
Ordnungsleute gesagt haben, daß sie die Gesellschaft
gerettet habe.“ Unterm 24. März sagt er, von den Ver-
fallenen sprechend: „Wenn wir in ihre Hände fallen, werden
sie uns abschlachten und sich die Lippen dabei lecken.“ Sie
sprechen vom Zentralkomitee wie von wilden Thieren. Seine
Mitglieder sind ganz einfach Kämmer gegen sie.“ In seiner
Korrespondenz vom 26. März sagt er: „Die Revolution vom
18. März ist meiner Meinung nach die größte politische und
soziale That, die es seit 1789 gegeben hat.“ Unterm 1. April
schreibt er: „Zwischen der Verfallenen Versammlung, Personifi-
kation der ungesunden, weil unvermeidlichen Leidenschaft, und
der Pariser Kommune, genährt, weil sie stark ist; zwischen den
Sphären, die uns verloren haben und diesem Diktaturstern,
wird die Geschichte urtheilen.“ Unterm 13. April: „Es gilt
nur noch zu siegen oder zu sterben. Paris schlägt sich nicht seit
zwei Tagen, um sich morgen durch eine Reaktion erdrücken zu
lassen. . . . Es gilt den Krieg bis zum letzten Mann, bis zur
letzten Patrone, bis zum letzten Pfasterstein von Paris.“
Unterm 22. April: „Was! Wir stehen in Mitte des
19. Jahrhunderts und es giebt in Versailles Vertreter Frank-
reichs, die kalt, systematisch und mit einer Art Genugthuung
diese Mehelei, dieses Blut- und Vernichtungswerk vollführen.
Und es ist eine Regierung Frankreichs, die Paris bombardirt! . . .
Nein, ihr seid nicht unsere Vertreter, ihr, die ihr dieses Blutwerk
verfolgt! Nein, ihr seid nicht unsere Vertreter, denn wir wollen

vielleicht gerne thun, wenn einiger Gewinn dabei zu ver-
spüren ist.“

„Wer sind diese Leute?“ fragte Gerhard, aufmerksam
werdend.

„Si nun!“ sprach der Goldschmied zögernd: „Es sind
unser's heil. römischen Reiches liebe Kammerknechte.“

„Was?“ fuhr Gerhard auf: „Juden? Hebräer? Seid
Ihr toll geworden mit einem Male?“

„Wie so?“ fragte Trautwein gleichgiltig: „Hebräisch
zählt wie das unsere; es kommt ja ohnehin nur
aus christlichen Taschen. Fürsten und Herren wissen das
wohl.“

„Om!“ sprach Gerhard überlegend: „Mein ganzes Leben
hindurch habe ich mich gehütet, den Galgenvögeln in die
Hände zu fallen, und in meinem fünfzigsten Jahre . . .
indefsen . . . wer weiß . . . damit ich nur fortkomme . . .
wo gelangt man zu dem Gefindel? Ich will gleich . . .“

Der Goldschmied hielt ihn zurück. „Ihr werdet doch
nicht am hellen lichten Tage . . .?“ sagte er mißbilligend.
„In eigener Person . . .?“

„Ihr habt Recht!“ antwortete Gerhard: „Es ist wegen
des Geredes . . . also will ich mich gebulden . . . diesen
Abend, sobald es dunkel . . .“

„Behüte!“ fiel Trautwein ein: „Es ist bei zehn Pfund
besser Strafe verboten, bei Nacht in ein Judenhaus zu
gehen, um zu leihen oder zu zahlen.“

„Aber beim Donner! was soll ich denn thun?“ fragte
Gerhard ärgerlich.

„Abwarten, bis ich Euch einen vertrauten Mann
schicke, mit dem Ihr abdann handeln könnt;“ versetzte
Trautwein.

„Einen vertrauten Mann, durch den es die ganze
Stadt erfähret, von welchem Nocken ich spinne, nicht
wahr?“

„Gerade im Gegentheil. Ich weiß einen, der, wenn
ich nicht irre, in der Nähe von Frankfurt zu Hause ist. Ein
verschwiegener Mann, mit dem ich selbst manch Geschäft
gemacht. Ist er gerade hier, kann er vielleicht bewogen
werden, Euch zu helfen. Mich dünkt, ich sah ihn gestern

unweit von dem Dalberg'schen Hause in der Kammerer-
straße. Ich sende ihn Euch, und will besorgen, daß mein
Gevatter Nebstachwirth Euch zum mindesten ein Feuer an-
mache in dem Ofen.“

„Nun, so geht, und plaudert nicht lange!“ drängte
Gerhard, und schob ihn zur Thüre hinaus. Alsdann fing
er wieder seine gewöhnliche Rembahn in der Stube an,
rieb sich die Hände, die Stirne, brumnte einen Fluch nach
dem andern, und schwor sich zu, in der Folge nie mehr
auf einen Freund sich zu verlassen, seine Feste immer nach
der Habe zu richten, oder, . . . wollte er einen Wirth pressen
— die Sache gescheiter anzufangen. Ein leises Schluchzen
und Weinen unterbrach den Lauf seiner Gedanken, und da
es sich hinter den Vorhängen des mächtigen Himmelbetts
vernehmen ließ, so fiel ihm mit einemmale der Gedanke
an den Knaben, den er gestern aufgenommen, siedenworn
auf die Brust. Er eilte zum Lager, und sah das vier-
bis fünfjährige Kind aufrecht sitzend, und eng in den
groben Mantel gewickelt, aus dem nichts hervorguckte als der
braungelockte Rindskopf, mit blauen von Thränen über-
fließenden Augen. Der Knabe fuhr etwas zusammen, da
er das kupferrothe mit dichtem Bart verfehene Gesicht seines
Findelvaters gewahr wurde, aber bald beruhigte er sich
wieder in etwas, da er sich deutlich erinnerte, daß ihn der-
selbe Mann gestern von der offenen Straße genommen, und
den Mädchen erwidert, aufs Lager gebracht hatte. Er streckte
ihm die kleinen Arme bittend entgegen, und sah ihn mit
einer Behemuth an, die ihm fast das Herz abzudrücken
schien. Der raube Hagestolz fühlte sich gerührt und an-
gezogen von der hilflosen Unschuld des Kindes, und nahm
es in Mantel und Orden gefüllt, auf seinen Schooß. „Kom-
her,“ sprach er, „und laß uns vernünftig reden, mein Junge!
Wir haben gestern Abend nur flüchtige Bekanntschaft ge-
macht. Heute wollen wir's einbringen. Wie heißest Du,
mein Kind?“ — „Hans!“ antwortete der Knabe mutbig
und vernehmlich. „Und Dein Vater?“ — „Ich habe keinen
mehr.“ — „Doch eine Mutter hast Du?“ — „Ja, die
Mutter und die Gundel.“ — „Wie nennt sich Deine Mutter?“
— „Ich weiß es nicht.“ — „Wo wohnt sie aber?“

— „Ach, weit, weit von hier!“ — „So? demnach nicht
in der Stadt?“ — „Wir sind drei Tage gefahren, bis wir
angekommen sind. Wo ist denn aber die Mutter?“ —
„Ja, wenn Du das nicht weisst . . .“ — Der Knabe schüt-
telte traurig den Kopf. „Sage mir doch, Hanschen,“ fuhr
Gerhard neugierig fort: „Wie lange bist Du denn hier?“
— „Ich heiße nicht Hanschen,“ versetzte der Knabe: „Hanschen
hat vier Füße, und ich habe zwei; darum heiße ich Hans.
Hanschen ist aber zu Hause geblieben. Wirst Du mich
wieder heimbringen, fremder Mann?“ — „Wenn ich weiß,
wo Deiner Mutter Haus steht, mein Knabe.“ — „Ach, es
ist fern, recht fern. Wir haben dreimal gefahren, ehe
wir gestern in der Nacht ankamen.“ — „Wie laus Du
denn auf die Straße?“ — „Ich weiß es nicht. Auf dem
Wagen schlief ich ein, und auf der Erde bin ich ausgewacht.
Ach, wie war es so kalt, da Ihr mich aufnahm. Die
Mutter muß mich verloren haben.“ — „Wie war die Mutter
gegen Dich?“ — „Böse, lieber Mann, immer böse und
finster. Aber Gundel ist herzengut, und zu ihr möcht ich
lieber als zur Mutter, und auch zu Hanschen lieber als
zur schwarzen Mutter.“ — „Zur schwarzen Mutter? Warum
nennst Du sie so?“ — „Sie ist immer schwarz gekleidet,
und hat so dunkle Augen; aber Gundel hat helle, und
geht immer grün oder roth. Hanschen ist weiß und
braun.“

Der Junker schüttelte bedenklich den Kopf, und zweifelte
nicht mehr daran, daß der Knabe mit Vorbedacht zurück-
gelassen worden sei, auf der Durchfahrt durch die fremde,
im nächtlichen Dunkel verthüllte Stadt. Aus dem Knaben
war übrigens nichts herauszubringen, als daß der Mutter
Haus auf einem Hügel stehe, unsern von einem Strome,
daß viel Waldung und ein Dorf sich in der Nähe befinde,
und nicht allzuweit eine Stadt, in der sich das Kind be-
fand, vor einiger Zeit gewesen zu sein, zur Zeit eines
Jahrmakts. Ueber den Namen seines mütterlichen Hauses,
des Stroms, der Stadt, war er in wahrscheinlich geflüster-
licher Unwissenheit erhalten worden.

(Fortsetzung folgt.)

nicht, daß ihr die Revanche eures Friedensvertrages durch einen Sieg über Paris zu nehmen sucht. In Frankreich ist es, sie auszustößen, sie als Auführer zu erklären. Sie sind es, die in Wirklichkeit die Revolution gegen das Recht, die Revolution gegen die Gerechtigkeit, die Revolution gegen die Menschheit, gegen die Zivilisation." Unterm 29. April schreibt er: "Die Revolution vom 18. März findet ein Echo in dem spanischen Cortes, und im deutschen Parlament macht sich Bebel dem Kaiser Wilhelm gegenüber zu ihrem Apologeten. Sollte nur Frankreich sie nicht verstehen?" Unterm — doch wo noch weitere Auszüge? Ja, doch noch einen. Unterm 1. Mai 1871 schreibt Guyot: "Die intelligenten Männer sind mit uns, die Bedienten mit Versailles. Das sagt alles." Ja, das sagt alles, denn es sagt, daß der Exkommunikand Yves Guyot nun nichts als ein verächtlicher Bedienter ist. —

Zur Kritik in Holland wird uns geschrieben: Der Kampf um das Wahlrecht verursacht eine vollständige Auflösung der politischen Parteien. Die liberale, die katholische und die anti-revolutionäre Reaktion steht geschlossen gegen das Wahlgesetz; für dasselbe kämpfen die fortschrittlichen Gruppen aller Parteien. In den kirchlichen Parteien hat die Wahlrechtsfrage zu einer vollständigen Spaltung geführt. Die Organe der reaktionären und feilschenden Elemente stehen einander so feindlich gegenüber, daß von einem Parteiverband nicht mehr die Rede sein kann. Unsere Genossen haben bis jetzt nur einen eigenen Kandidaten aufgestellt und beabsichtigen, überall, wo gar keine Aussicht ist, einen Genossen durchzubringen, solche Kandidaten zu unterstützen, die sich für eine möglichst große Ausdehnung des Wahlrechts erklären. —

Der Prozeß gegen de Felice und die übrigen Führer der sizilianischen „Arbeiterbünde“ hat am gestrigen Tage begonnen. Nachdem das Hauptbelastungsstück gegen die Angeklagten, das Crispi in der Kammer vorlas, von dem sizilianischen Gericht selbst, unter der Herrschaft des Standrechts, für eine Fälschung erklärt worden ist, kann man sich ungefähr denken, was an Anklagematerial vorliegt. Aus Zeitungsartikeln und Aufzügen, die eine Organisation der Arbeiter bezweckten, sucht man einen Aufstandsplan zusammenschneiden. De Felice und seine Genossen — das kann heute schon als erwiesen betrachtet werden — haben keinen Moment an einen bewaffneten Aufstand gedacht. Die Ausbrüche der Verzweiflung, die im Dezember und Anfang Januar erfolgten, waren durchaus spontan — von niemand angeleitet — und sie wurden von Crispi gierig aufgegriffen, um sich dem italienischen Volk als „Retter“ aufzuzeigen und sich die Diktatur zu sichern.

Das ist jetzt allmählich jedem in Italien klar geworden, und Herr Crispi wird sich wohl durch eine rasche Auflösung der Kammer eine Salgenfrist zu verschaffen suchen. In der Gegenwart die Schwierigkeiten wachsen, je mehr eine Lösung der zur Entscheidung drängenden Fragen hinausgeschoben wird.

Ein Tag ehe die Verhandlungen des Kriegesgerichts gegen De Felice eröffnet wurden, gab der König von Italien der Familie Rossuth's einen „Beweis seiner königlichen Sympathie“, und zeigte dadurch, — daß er — wie bürgerliche Blätter rühmend hervorheben — „den revolutionären Ursprung seiner Dynastie nicht vergessen habe.“ Das hätte der König jedenfalls besser gezeigt, wenn er den Belagerungszustand in seinem Lande aufgehoben, Crispi auf die Anklagebank geschickt, und seinem armen Volk für Brot gesorgt hätte, statt ihm neue Steuern aufzulegen. —

Eine neue tropische Koloniegründung. Topolobampo und Freiland haben jetzt abermals ein Konkurrenzunternehmen erhalten, das allerdings, wenn den in Italien umlaufenden Berichten zu trauen ist, noch deutlicher als jene Gründungen den Stempel der Lebensunfähigkeit an der Stirn trägt. Der einstige garibaldinische Oberst Achille Fazzari soll nämlich beabsichtigen, in Kalabrien, am Golfe von Squillace, eine Kolonie von Bauern und Fischern zu gründen, für die er höchst eigentümliche Sühnungen aufgestellt hat. Die Kolonisten haben bei Tagesanbruch an die gemeinsame Arbeit zu gehen und müssen bei einbrechender Dunkelheit zur Ruhe liegen, denn jede künstliche Beleuchtung ist ihnen untersagt. Zur Bohnung dienen getrennte Hütten, die Kleidung soll für Mann und Frau die nämliche Form haben und die Nahrung bestehen in Minestra, Fleisch und Fischen; dazu darf nur der in der Kolonie selbst erzeugte Wein getrunken werden. Aller Privatbesitz ist verpönt, die Kolonisten sollen einzig von einem je auf die Dauer eines Jahres zu wählenden Oberen berathen werden.“ Auch wird niemand bestraft für seine Handlungen, hingegen ist das Recht gewahrt, Unwürdige aus der Kolonie auszustößen. Eine weitere sonderbare Vorschrift ist die, daß die Ansiedler auf jede Veltüre von Gedrucken oder Geschriebenem verzichten und auch selbst die ihnen eventuell zugehenden Briefe und Telegramme nicht lesen dürfen, dementsprechend ist es auch verboten, die zukünftigen Kinder im Lesen und Schreiben unterweisen zu lassen. Fazzari will sich vom italienischen Parlament einen Hüßens vom obligatorischen Schulunterricht erbitten. In religiöser Hinsicht bestimmen diese Statuten, daß jenseit am Sonntag ein katholischer Priester zum Messlesen herbeigeholt werde; dieser Priester muß dann zugleich auch die Gesetze des Staates verkünden, denen strikte nachgelebt werden soll.

Der Plan Fazzari's ist augenscheinlich eine Frucht des sogenannten „christlichen Sozialismus“, ultramontaner Obskuranz. Die Gründung ist nach den Jesuitenkolonien in Paraguay gemodelt. Glücklicherweise ist aber auch das armseligste italienische Proletariat nicht so verkommen, daß es sich das Lesen verbieten lassen würde. Fazzari wird schwerlich Kolonisten für seine Verdummungskolonie finden. —

Rumänien. In der Kammer Sitzung am 27. März protestierte Lecca gegen seine Verhaftung am vergangenen Sonntag, da er Deputierter sei, und beklagte sich darüber, daß er mißhandelt und vor den Untersuchungsrichter geführt worden sei. Der Justizminister erklärte, die Verhaftung sei durchaus gesetzlich gewesen, da Lecca in flagranti (auf frischer That) ergriffen worden sei; hinsichtlich der ihm wiederfahrenen schlechten Behandlung werde eine Untersuchung eingeleitet und gegen den Schuldigen auf das Strengste vorgegangen werden. —

Das russische Naphthakartell hatte gleich bei seiner Bildung ein Zusammengehen mit der amerikanischen Standard Oil Company ins Auge gefaßt und seine Vertreter beauftragt, mit der genannten Gesellschaft zu dem Besuche Verhandlungen einzuleiten. Wie russische Blätter jetzt melden, haben die Verhandlungen vorläufig das Ergebnis gehabt, daß im April dieses Jahres zu Paris ein Naphthakongreß stattfinden wird, der von den Vertretern der russischen und amerikanischen Petroleumindustrie befehligt werden soll. Die interessierten Kreise hoffen, daß derselbe eine volle Verständigung über den Naphthaverkauf auf dem Weltmarkt herbeiführen wird. So wächst also das System der Industrie-

kartelle immer mächtiger an, einigen Industriebeherrschern das Monopol der Versorgung der Bevölkerung der Welt mit den großen Massenkonsum-Artikeln in die Hände liefernd — eine Vorarbeit für die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaftszustände. —

Armenische Putsche. In Konstantinopel wurde der armenische Patriarch Nschikian am Sonntag Morgen beim Verlassen der Kirche von einem bewaffneten Armenier angefallen. Der Patriarch blieb unverletzt, der Thäter wurde sofort verhaftet. Der Anschlag wird aus politischen Beweggründen erklärt. Nschikian hatte vor einigen Wochen einen Hirtenbrief erlassen, in dem er die aufrührerischen Bewegungen der Armenier in Kleinasien verdammt, zur Ruhe aufforderte und auf die Langmuth des Sultans verwies, der seine armenischen Unterthanen stets begünstigt und geschützt habe. Man vermutet nun, daß das Attentat die Antwort der armenischen Unabhängigkeitspartei auf den Hirtenbrief sei. Ein türkischer Puttkamer wird nun wohl schließlich ein Ausnahmegericht gegen armenische Umtriebe bei der sogenannten „hohen Pforte“ beantragen. —

Amerikanisches Protektorat über Hawaii. Dem amerikanischen Admiral Walker ist das Kommando über ein Geschwader der Vereinigten Staaten übertragen mit dem Auftrag, sich nach Honolulu zu begeben und dort in Pearl Harbour eine amerikanische Flottenstation anzulegen, für welche Zweck kürzlich 250 000 Dollars angeworfen wurden. Admiral Walker wird etwa am 7. April von San Francisco abgehen und ist ermächtigt, für die Hafenanlage die nöthigen Landwerbungen zu machen. Die Sache kommt auf die Errichtung eines Protektorats der Vereinigten Staaten über Hawaii hinaus. Thatsächlich war die Hawaii-Gruppe bereits längst eine Dependenz der amerikanischen Regierung. Die Jantkes haben auf den Inseln schon seit mehreren Jahren wirtschaftlich und politisch die Oberhand erlangt. —

Zivilisation in Afrika. Ein Telegramm vom heutigen Tage aus Paris meldet:

Ueber Fort Kayes (am Senegal) wird von gestern gemeldet: Zwei französische Truppenkolonnen, die von Timbuktu aus einen Streifzug unternahmen, übertraten und zerstörten mehrere Banden von Tuaregs, welche sich auf einem Raubzuge befanden. Mehrere Tuaregs wurden getödtet, außerdem wurde Vieh erbeutet. Die Franzosen hatten keine Verluste.

Die Tuaregs auf dem „Raubzug“? Und worauf sind — oder waren — denn die Franzosen? —

Ein vorzügliches Mittel gefangene Eingeborene aus dem Wege zu schaffen, ohne sich ihrer eigenhändigen Tödtung schuldig zu machen, haben die Engländer in Süd-Afrika im Kriege gegen die Katabele erfunden. Aufklärung darüber liefert das „Daily Chronicle“ vom 24. März durch Mittheilungen aus dem Munde eines eben aus Katabeleland zurückgekehrten Engländer, Reginald Dewhurst, der den ganzen Feldzug mitgemacht hat. Auf die Frage nach der Behandlung der Verwundeten bemerkte er, daß nach dem Trefsen von Taba Induna 15 Verwundete dem Maschona's übergeben wurden; was die mit ihnen angefangen, wisse er nicht; sie selbst wurden beim Auszug aus Victoria dahin verständigt, daß, wer einen Gefangenen mache, ihn auch zu verpflegen habe. Nun ließ, wie Dewhurst hervorhebt, die Verpflegung vieles zu wünschen übrig: es fehlte an Thee, Kaffee, Zucker, Gemüse und Salz; der Gedanke, die künftigen Nationen mit einem Gefangenen theilen zu müssen, war wenig verlockend, und — der Schluß liegt auf der Hand. —

Vom brasilianischen Aufstand. Der „Times“ wird aus Montevideo vom 26. März gemeldet, daß der portugiesische Kreuzer „Alfonso Albuquerque“ am 25. d. M. in der Quarantaine von Buenos-Ayres 90 Offiziere und 170 Seeleute, welche an dem brasilianischen Aufstande theilgenommen hatten, landete. Admiral Saldanha da Gama bleibt an Bord des „Mimblelo“.

Nachrichten aus Südbrasilien bestätigen, daß durch die Schiffsübergabe in Rio der Aufstand im Süden keineswegs gelähmt wurde. —

Ein Vertrag zwischen Deutschland und Rußland über das Verfahren bei der sogenannten Repatriirung von ehemaligen Staatsangehörigen beider Länder, die ihre Staatsangehörigkeit verloren und eine neue noch nicht erworben haben, wird vom „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. Da er für viele Leute eine große praktische Bedeutung hat, veröffentlichen wir ihn wörtlich in der Uebersetzung:

Die kaiserlich deutsche Regierung und die kaiserlich russische Regierung haben sich zur Regelung der Frage, nach welchen Grundsätzen jeder Theil zur Wiederübernahme seiner auf dem Gebiete des anderen Theils lebenden Angehörigen verpflichtet sein soll, über folgende Punkte geeinigt.

Artikel 1. Beide Theile verpflichten sich, diejenigen ihrer früheren Angehörigen, welche ihre Staatsangehörigkeit durch Abwesenheit im Auslande oder durch förmliche Entlassung oder auf andere Weise verloren haben, zu übernehmen, falls jene nicht eine andere Staatsangehörigkeit erworben haben.

Diese Übernahmespflicht soll sich jedoch nicht erstrecken auf Personen, welche die von ihren Eltern verlorene Staatsangehörigkeit ihrerseits niemals befestigen haben.

Artikel 2. Die heimzuschaffenden Personen sollen übernommen werden auf Grund eines unmittelbaren Schriftwechsels der deutschen und russischen Grenzbehörden.

Die Heimzuschaffung ist jedesmal der Grenzbehörde desjenigen Bezirks, in welchem die Übernahme geschehen soll, vorher anzuzeigen, worauf diese nach Prüfung der Verhältnisse und der Ausweispapiere ihre Zustimmung dazu zu geben hat, daß die betreffende Person an einem bestimmten Ort übernommen werde.

Artikel 3. Ein vorgängiger Schriftwechsel ist nicht erforderlich, wenn die heimzuschaffende Person mit Papieren versehen ist, die noch gültig oder doch erst seit einem Jahre abgelaufen sind, oder wenn kein Zweifel darüber besteht, daß sie dem übernehmenden Staat angehört oder früher angehört hat.

In allen diesen Fällen sollen die Grenzbehörden die betreffende Person ohne weitere Formalität übernehmen.

Artikel 4. Eine diplomatische Verhandlung soll stattfinden in den Fällen, in denen die Grenzbehörden sich über die Übernahme nicht einigen können, oder wenn die Entscheidung der Grenzbehörden von den höheren Behörden des Heimatstaats nicht gebilligt wird.

Artikel 5. Ueber die Grenzorte, wo die Übernahme der heimzuschaffenden Personen stattfinden hat, werden sich die beiden Regierungen verständigen.

Artikel 6. Die beiden Regierungen werden einander die Grenzbehörden bezeichnen, in deren Hand die Übernahme-Verhandlungen gelegt werden sollen.

Artikel 7. Die beiden Regierungen verpflichten sich, ihre Grenzbehörden anzuweisen, alle Uebernahme-Anträge mit größtmöglicher Beschleunigung zu erledigen.

Artikel 8. Dieses Uebereinkommen soll so lange in Kraft bleiben, als es nicht von einer oder der anderen Seite gelündigt wird. In diesem Falle soll es noch drei Monate über den Tag hinaus bestehen, an welchem die Kündigung des einen Theils dem anderen Theil angezeigt sein wird.

Artikel 9. Gegenwärtiges Abkommen tritt in Wirksamkeit 20 Tage, nachdem es in beiden Staaten vorschristsmäßig veröffentlicht ist.

Berlin, den 10. Februar/29. Januar 1894.

Die Sache hat zunächst einen recht harmlosen Anstrich, als ob es sich nur um die Fürsorge von verarmten Leuten handelte, die mit ihrer Staatsangehörigkeit auch ihren Unterstützungswohlfühl verloren haben. Mit keiner Silbe wird aber in dem Vertrage erwähnt, daß nur solche Leute durch die Grenzbehörden von dem einen Lande in das andere geschafft werden sollen, die mit dieser Ueberführung auch selbst einverstanden sind. Es giebt aber bekanntlich viele ehemalige russische Unterthanen, die gar kein Verlangen danach tragen, repatriirt zu werden. Macht sich nun ein solcher den deutschen Behörden derart „lästig“, daß sie sich gedrungen fühlen, ihn des Landes zu verweisen, so kann er auf Grund dieses Vertrages an die Grenze geschleppt und der russischen Grenzbehörde nach vorheriger Verständigung ausgeliefert werden. Was dann mit ihm geschieht — ja, wer kann das wissen? Der Himmel ist hoch und Sibirien ist weit. Bei dem freundschaftlichen Verkehr, der zwischen der politischen Polizei Rußlands und Preußens besteht, ist es auch gar nicht ausgeschlossen, daß die russische die preussische Behörde verständigt, wenn sie „repatriirt“ haben möchte. Somit kann der Vertrag eine Verschickung politisch lästiger Leute aus Deutschland auf administrativem Wege nach Sibirien zur Folge haben. —

Parteinachrichten

„Sozialdemokraten raus“ — so lautete die Parole, welche im Kriegerverein zu Leipzig in der letzten Versammlung aufgestellt wurde. Aber die Sache ging schief. Als der Vorsitzende, Herr Kämmerer Köhler, durch Ausheben der Hände abstimmen ließ, ob Sozialdemokraten aus dem Verein gestrichen werden sollen, da ereignete sich etwas, was der Herr Kämmerer wohl nicht gehofft hatte, nämlich — es hob Niemand die Hände außer den Herren am Vorstandstisch. Darob große Entrüstung des Herrn Kämmerer. — „Ich lege mein Amt nieder!“ rief er, „hier sind ja lauter Sozialdemokraten!“ Raum hatte er diese Worte ausgesprochen, als ein einstimmiges Bravo durch den Saal brauste. Die Sozialdemokraten sind aber bis jetzt, soviel uns bekannt, noch im Kriegerverein und werden wohl auch darin nicht ausgetrieben sein. Der Herr Kämmerer nahm zum Verdruss der meisten Mitglieder sein Amt als Vorsitzender wieder an. — Wir werden also wohl mit der Zeit nur noch sozialdemokratische Kriegervereine oder gar keine haben, und beides ist nicht so unübel für uns.

Bei der Erwahlung eines Gemeindevorsetzers in Rosswas wurde an Stelle eines ausgestoßenen Gegners Genosse Gruhl mit 95 gegen 78 Stimmen gewählt.

Die Genossen Bunte und Schröder, die nach Ikonosticher Gefängnisstrafe zu Obern nach Dortmund zurückkehrten, durften sich sofort überzeugen, daß die „deutsche Freiheit“ noch die gleiche ist. Das „Gemüthliche Beisammensein“, welches sich an eine Nachmittagsversammlung anschließen sollte, konnte nicht stattfinden, da die Polizei die Schließung des Saals für den Nachmittag befahl. Wie sie diese Verfügung begründen will, auf welchen Paragraphen sie sich zu berufen gedenkt, ist bisher unbekannt geblieben.

Vierter badischer Arbeitertag. Am Osterfesttag, Nachmittags halb 5 Uhr, begann in Karlsruhe die Generalversammlung der Landesorganisation badischer sozialdemokratischer Vereine. Es waren 37 Orte mit 69 Delegirten vertreten. — Genosse Beck erstattete den Bericht des Vorstandes, dem zufolge belaufen sich die Einnahmen auf 4229 M., die Ausgaben auf 4186 M.

Der Antrag des Vorstandes, den Beitrag künftighin pro Kopf und Monat von 10 Pf. auf 5 Pf. herabzusetzen, wird angenommen. Der Antrag des sozialdemokratischen Vereins Offenburg, daß der Vorstand gehalten sein solle, alljährlich einen gedruckten Rechenschafts-Bericht herauszugeben, wird ebenfalls angenommen, ebenso der Antrag Freiburgs, daß die Tagesordnung des Arbeitertags künftighin mindestens 3 Wochen vorher durch die Parteipresse bekannt gegeben werden muß. Baden-Baden hat eine Reihe von Anträgen gestellt, von denen folgende angenommen werden: Es soll ein Flugblatt ausgearbeitet werden, das die Bestrebungen der gegnerischen Parteien kritisiert und auf der Rückseite das sozialdemokratische Programm enthält. Um ein strafferes Zusammenwirken zu ermöglichen, werden die Organisationen von Wahlkreisen, die aneinanderstoßen, verpflichtet, sich mehr als bisher mit einander in Verbindung zu setzen und namentlich in den Bezirkskonferenzen Delegirte der Nachbarkreise als Gäste einzuladen. Ferner sind die Organisationen verpflichtet, dem Vorstand der Landesorganisation die Protokolle der Bezirkskonferenzen einzufenden, so daß derselbe in der Lage ist, sich über den Stand der Agitation zu orientiren.

Den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Landtags-Abgeordneten erstattet Dr. Müdt. An seine Ausführungen knüpft sich eine ziemlich herbe Kritik der Stellungnahme des Genossen Müdt als auch der übrigen Abgeordneten zu einzelnen Berathungsgegenständen im Landtag. — Von der Parteipresse wird berichtet, daß die „Volksstimme“ 8000, der „Volksfreund“ 4500 Abonnenten habe. Dem Antrag, beide Blätter zu verschmelzen, wurde nicht stattgegeben; der Antrag, den in Offenburg erscheinenden „Volksfreund“ nach Karlsruhe zu verlegen, wurde ebenfalls abgelehnt. Allgemein erwartet wurde vor Neugründung von Parteiblättern, wenn nicht die Gewißheit ihrer Existenzfähigkeit vorhanden. — Die Abgeordneten wurden aufgefordert, im Landtag für Vermehrung der Fabrikinspektoren einzutreten. — Eine Reihe kleinerer Anträge wurde dem Vorstand zur Erledigung überwiesen und hierauf der Arbeitertag mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Todtenliste der Partei. In Sagenz M. verstarb am 18. d. M. der Genosse Harbusch. Der Verstorbene war bereits zu Anfang des Sozialistengehebes für unsere Partei thätig und ist seitdem ein treuer Anhänger der Sache des Proletariats geblieben. Eine unangenehme Geste ereignete sich bei seiner Beerdigung. Er hatte sich die Witwenrente des Geistlichen verbeten. Trotzdem erschien ein Pastor und hielt eine Grabrede, die allerdings nicht für den gottlosen Sozialdemokraten bestimmt war, sondern die ein andrer haben sollte. Als der Pastor seinen Irrthum bemerkte, entschuldigte er sich bei dem Bruder des Verstorbenen und meinte, es sei ja auch nicht schlimm, wenn der Todte auch eine Grabrede bekommen hätte.

Vierter Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Wien.

Wien, 27. März.

Dritter Verhandlungstag.

Fortsetzung der Diskussion über Punkt 3 der Tagesordnung. Eingetragen sind noch 88 Redner. Ganig-Stein-Schnau: Wenn die Sache mit dem Generalstreik so einfach wäre, dann hätten die Redner, die gestern für den Streik eingetreten sind, ihre Ausführungen doch nicht mit so vielen Wenn und Aber zu verbinden brauchen. Auch die Ausführungen der Genossen Ellenbogen und Neumann haben nur bewiesen, daß der Massenstreik unter den obwaltenden Umständen nicht möglich ist. Man soll doch nicht immer auf Belgien exemplifizieren. Belgien ist ein hochentwickeltes Industrieland, während bei uns die bäuerliche Bevölkerung vorwiegt. Weiter hat man sich aufs Feilschen verlegt, indem verschiedene Gruppen erklären, nur unter besonderen Bedingungen, die überhaupt nicht zu erfüllen sind, sich am Streik beteiligen zu wollen.

Auch die Annahme, daß durch den Streik der Kohlengräber die ganze Industrie zum Stillstand gebracht werden kann, trifft nicht zu. Um dies zu erreichen, müßten auch die deutschen, ja auch vielleicht noch die Kohlengräber anderer Länder die Arbeit niederlegen. Noch schlimmer sieht es mit den Verkehrsbediensteten aus. Sie sind ungenügend organisiert, und kommt es zum Streik, dann werden allerdings unsere Genossen feiern, die übrigen Arbeiter aber weiter ihren Dienst verrichten und der einzige Erfolg, den wir erzielen, ist der, daß wir eine große Zahl Gemahregeltes, d. h. vernichtete Existenzen haben. Das schlimmste bei dem politischen Streik ist aber, daß man bei demselben nicht wie bei dem wirtschaftlichen Streik, sich die günstigste geschäftliche Konjunktur auswählen kann. Auch ist es ein schwerer Irrthum, wenn Genosse Ellenbogen annimmt, daß die liberalen Fabrikanten für das allgemeine Wahlrecht sind. Es kann dies höchstens für eine Anzahl kleiner Fabrikanten gelten, die aber auch ohne jeden politischen Einfluß sind. Die böhmischen Weberkönige, wie alle großen Fabrikanten werden sich auf das heftigste gegen das allgemeine Wahlrecht wehren. Wollten wir in unserem Bezirk, in dem die Hausindustrie vorwiegt, den Massenstreik proklamieren, so würden wir einfach ausgelacht werden.

Schumajer-Wien. Entscheidend bei der Frage des Generalstreikes sind nur die Massen der Großstädte und diese Massen werden sich, wenn die Regierung auf ihrem Standpunkt beharrt, erheben, wir mögen hier beschließen was wir wollen. Daher soll die ganze Welt aus unseren Reden und Beschlüssen erfahren, daß der gegenwärtige Zustand nicht länger aufrecht erhalten werden kann.

Riesel-Gratz: Die Parteivertretung scheint sich einzugesehen, daß sie eine Sache angeregt hat, von der sie sich später überzeugte, daß sie doch nicht so leicht durchzuführen ist. Der Generalstreik kann uns viel nützen, er kann uns aber auch vernichten. Wir sind für den Streik, doch nur unter der Bedingung, daß keine wirtschaftlichen Forderungen mit der Forderung um das allgemeine Wahlrecht verbunden werden. Ebenso sprechen sich Prähanow-Salzburg und Silberberg-Wien aus.

Steinhauer-Weidhofen, Hoser und Hübsch-Wien sind nur unter der Bedingung für den Massenstreik, daß auch wirtschaftliche Forderungen gestellt werden.

Saska-Innsbruck. Die Genossen von Tyrol und Vorarlberg halten den Massenstreik unter den obwaltenden Umständen für eine Unmöglichkeit. Wir wollen unsere so mühsam errungene Organisation nicht mit einem Schläge vernichten lassen. Man soll auch nicht sagen, daß die Entscheidung nur bei den Massen der großen Städte liegt. Kommt es zu einer Volksverheerung, wie Genosse Schumajer andeutet, dann wird man die Hilfe sämtlicher Genossen brauchen. Im letzteren Falle sind wir allerdings auch bereit, unsere volle Schuldigkeit zu thun.

Rausa-Wien: Im Namen der tschechischen Genossen muß ich erklären, daß wir unsere auf dem Budweiser Parteitag beschlossene Forderung (8 stündiger Arbeitstag für die Bergarbeiter) nicht erhalten müssen, da wir von unseren Genossen dazu gezwungen werden.

Es sind eine Reihe Zuschriften eingegangen, darunter auch die folgende der „Omladina“ (nicht zu verwechseln mit der Prager Omladina) aus Jungbunzlau.

Der hier tagende Delegirtenkongress der „Omladina“ wurde durch Gendarmen aus dem Lande getrieben. Die Gendarmerie der ganzen Umgebung war auf den Weinen, die Garnison war konzentriert. Zwei Kommissäre kamen in Begleitung von 10 Gendarmen, um die Legitimationen zu revidieren; statt der Revision nahmen sie aber den Anwesenden die Karten weg, konfiszierten das Verzeichniß der Anwesenden und dem Gendarmerie, Genossen Kofas, eine Wappe mit Festschreibern. Wir gingen zur Bezirkshauptmannschaft, um uns zu beschweren. Unterwegs fragte uns ein Gendarmenführer, ob die Gendarmen Kofas, Buda, Boudica unter uns sind, welchem eine Vorladung zur Bezirkshauptmannschaft eingehändigt wurde. Auf der Bezirkshauptmannschaft wurden die Gendarmen sofort verhaftet und in Haft gehalten. Die Polizeikommissäre waren aus Prag, die Stadt wimmelte von Geheimpolizisten, so daß gewiß auf jeden Delegirten ein Spitzel kam. Der Delegirtenkongress wird anderswo abgehalten werden.

Die Verlesung dieses Briefes ruft unter den Delegirten eine große Aufregung hervor.

Es nimmt das Wort Reichsraths-Abgeordneter Bernerstorfer: Die Zuschrift aus Jungbunzlau enthält für uns ja nichts Neues. Aber ich gebe die Versicherung, daß ich in dem Vorbertrage, den ich alljährlich dem Ministerium mache, auf dieses Blatt mit einsehen werde.

Genosse Hoser stellt den Antrag, die Parteivertretung möge wegen dieser schamlosen Rechtsverletzung bei dem Ministerium vorstellig werden.

Adler: Wenn wir wegen aller durch die Beamten begangenen Gesetzesverletzungen den Minister interpellieren wollten, könnten wir unser Quartier gleich nach dem Minister-Hotel verlegen. Herr Bernerstorfer hat im Herbst vorigen Jahres wegen einer gleichen Rechtsverletzung, deren Zeuge er in Reichenberg war, telegraphisch bei dem Minister Beschwerde geführt und daraus glänzend vor-gestern Antwort erhalten. Wir werden zunächst noch weitere Erkundigungen einziehen und dann das weitere veranlassen.

Hoser zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Schluß der Vormittags-Sitzung.

In der Nachmittags-Sitzung erhält als erster Redner das Wort Sokolsky-Prag, der sich nur dann bereit erklärt, für den Massenstreik einzutreten, wenn dessen Durchführung nach-gewiesen wird.

Grabowik-Loibach ist gegen, Jersohn-Wien und Lange-Pilsen für die Verbindung mit wirtschaftlichen Forderungen.

Daniello Filippo, der als Vertreter einer Anzahl italienischer Städte zur Begrüßung des Kongresses das Wort erhielt, schildert in bewegten Worten das Elend, unter dem das italienische Volk leidet.

Adler-Wien widerlegt zunächst in eingehendster Weise

die gegen die Parteivertretung erhobenen Vorwürfe. Es ist hier sogar das Wort Verrath gefallen, allerdings nur ganz beiläufig, denn der betreffende Genosse wußte zu genau, daß er dieses Wort weder vor dem Kongress noch vor seinem eigenen Gewissen verantworten kann. Was den Genossen Schumajer anbelangt, so hat derselbe von dem Worte „Volksverheerung“ einen etwas zu ausgelegenen Gebrauch gemacht. Andererseits verdienen diejenigen Genossen, die sich hier der undankbaren Aufgabe unterzogen haben, gegen den Massenstreik zu sprechen, unsere vollste Anerkennung. Denn es gehört augenblicklich mehr Muth dazu, gegen den Streik, als für denselben zu sprechen. Ich selbst habe vielfach gegen die Form protestieren müssen, in der für den Massenstreik agitiert wurde. Mit der Anwendung des Streiks selbst bin ich aber einverstanden. Die herrschenden Klassen sollen wissen, daß wir gewillt sind, jedes uns zur Verfügung stehende Mittel zu benützen. Aus den bisher gepflogenen sehr lehrreichen Debatten, in denen nahezu einmüthig von den Delegirten für den Massenstreik manifestiert wurde, ging aber auch zweifellos hervor, daß die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse ein einheitliches Vorgehen sehr schwer macht. Die Arbeitseinstellung muß aber mit großer Beachtung erfolgen, wenn sie einen Erfolg haben soll. Würde der Massenstreik oder die Volksverheerung oder wie man die Sache sonst nennen will, nur von der Arbeiterbevölkerung der großen Städte inszeniert werden, so würde mit diesen Massen unsere Regierung, die im Gegensatz zur belgischen Regierung über ein sehr zuverlässiges Heer verfügt, sehr leicht fertig werden. Nicht um den einzelnen Genossen handelt es sich in diesem Kampfe, sondern um die Existenz der ganzen Partei. Wir dürfen daher das letzte Mittel des Massenstreiks nur dann anwenden, wenn wir kein anderes mehr haben, und wenn der Preis, um den wir kämpfen, das Opfer werth ist. Nun ist weiter vorgeschlagen worden, außer dem Wahlrecht auch den Achtstundentag zu fordern. Aber die Verfechter dieses Vorschlages haben sich nicht einmal die Mühe gegeben, uns auch nur die Möglichkeit eines Erfolges zu beweisen, und deshalb sage ich, wenn das eine Motiv nicht ausreicht, um die Massen in Bewegung zu setzen, dann ist unsere Zeit noch nicht gekommen, dann müssen wir uns eben noch gebüden. Trotzdem ist also ganz entschieden gegen jede Verbindung der Wahlrechtsforderung mit ökonomischen Forderungen bin, muß ich dennoch das für die Anträge der Bergarbeiter angewendete Wort „feilschen“ als unzutreffend zurückweisen. Die Verhältnisse der Bergarbeiter sind so eigenartige, daß wir ihnen entgegenkommen müssen. Doch werden wir darüber weiter reden, wenn wir über den „Achtstundentag“ verhandeln. Was soll nun geschehen? Am weitesten scheint mir der Vorschlag von Neumann zu gehen, nur kann ich es mit meinem Gefühl der Verantwortlichkeit nicht vereinen, wenn für die Ausführung eine bestimmte Zeitgrenze festgesetzt wird. Erstens ist es unklar, was die Regierung zu sagen, an dem und dem äußersten Termin schlagen wir los und zweitens ist es unmöglich, bei beständig wechselnder politischer Situation die Taktik auf Jahre hinaus festzulegen. Ich möchte mir daher erlauben, folgende Resolution zu stellen: „Die von der Regierung vorgeschlagene Wahlreform wird als Verhöhnung der Arbeiterklasse mit Entrüstung zurückgewiesen. Der Parteitag erklärt das Wahlrecht mit allen der Arbeiterklasse zur Verfügung stehenden Mitteln erklämpfen zu wollen, dazu gehört neben den angewendeten Mitteln der Agitation und Organisation auch den Massenstreik. Die Parteivertretung mit den Vertretern der Organisationskreise wird beauftragt, alle Vorkehrungen zu treffen, um, falls die Hartnäckigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien das Projekt zum Scheitern bringen sollte, den Massenstreik als letztes Mittel im geeigneten Zeitpunkt anzuwenden zu können.“ Ich spreche es nochmals aus, daß wenn kein anderes Mittel mehr vorhanden ist, ich für die Anwendung des Massenstreiks bin, aber ich glaube auch andererseits, ja ich bin davon überzeugt, daß die Anwendung dieses Mittels nicht notwendig werden wird. Denn es gibt niemand in Oesterreich, den bornirtesten Prohen nicht ausgenommen, der nicht davon überzeugt wäre, daß dem arbeitenden Volke über kurz oder lang das allgemeine Wahlrecht gewährt werden muß, ebenso wie niemand, vom Monarchen bis zu uns Sozialdemokraten herab, an die Befähigung der gegenwärtigen Verfassung glaubt. Wer hier stimmt, möge sich stets bewußt bleiben, daß es sich nicht um eine Zumuthung an seinen persönlichen Muth, an seine persönliche Opferfreudigkeit handelt, sondern um das Schicksal der vielen Tausende, die vertrauensvoll die Entscheidung in die Hände ihrer Delegirten gelegt haben.

Nachdem noch eine ganze Reihe Redner theils für, theils gegen den Massenstreik gesprochen hatten, ohne indeß neue Argumente vorzubringen, wurde, da immer noch 62 Redner auf der Rednerliste standen, die Redezeit auf fünf Minuten beschränkt.

Schluß der Nachmittags-Sitzung 6 Uhr. Abend-Sitzung findet noch statt von 8-12 Uhr.

Lokales.

Statistisches über die Einwohnerschaft Berlins. Der Anteil der geborenen Berliner an der Bevölkerung der Reichshauptstadt erfährt eine stetige Verminderung. Nach der Volkszählung von 1890 zählte Berlin 1 578 794 Einwohner; von diesen war aber noch nicht die Hälfte, nämlich nur 642 651 (308 308 männliche und 334 343 weibliche) Personen in Berlin selbst geboren; und während bei der Volkszählung von 1880 auf tausend Einwohner überhaupt noch 434 geborene Berliner gezählt wurden, war diese Zahl 1885 schon auf 424 gesunken und 1890 konnten von 1000 Einwohnern Berlins nur noch 407 als wirkliche „Berliner Kinder“ gelten. Bei allen Volkszählungen war übrigens der Antheil der echten Berlinerinnen ständig ein größerer gewesen, als der Berliner Jungen. Ueber die Fremden in Berlin theilt der neueste Band der Statistik des Deutschen Reiches mit, daß etwa 16 Promille der Bevölkerung Berlins (25 730 Personen) nicht Reichsangehörige waren; bei 1 482 212 hatte die Biographie im gelobten Preußen gestanden. Von den preussischen Provinzen hatte naturgemäß die umschließende Provinz Brandenburg zu der Bevölkerung Berlins den stärksten Zuwachs geliefert. Neben den erwähnten 642 651 geborenen Berlinerinnen waren 287 540 Einwohner Berlins in der Provinz Brandenburg geboren. Aus der Provinz Schlesien waren 123 514, aus Pommern 101 986 Personen nach Berlin eingewandert, 71 342 stammten aus Ostpreußen, 57 882 aus Westpreußen, 76 876 aus der Provinz Posen, 77 276 aus der Provinz Sachsen 4880 aus Schleswig-Holstein, 10 518 aus Hannover, 7705 aus Westfalen, 6439 aus Hessen-Nassau, 13 511 aus den Rheinlanden, 131 aus Hohenzollern und auch der neueste Erwerb des Deutschen Reichs, die arme Insel Helgoland, ist bei 5 Berlinerinnen als Geburtsort vertreten. Verhältnismäßig wenig Verlangen hat natürlich die fernste und selbständige Bevölkerung des Bayerlandes nach dem Glanz der Hauptstadt des Deutschen Reichs preussischer Nation. Nur 6372 geborene Bayern haben sich in Berlin einzu-bürgern gesucht. Aus Sachsen stammen dagegen 15 738. 2404 Berliner sind geborene Württemberger, 2396 Badenser, 2247 Hessen, 14 457 Mecklenburger, 8427 Weimaraner, 2736 Hamburger,

1596 Elb-Lothringer und 20 643 stammten aus den übrigen deutschen Bundesstaaten. Das stärkste Kontingent unter den 25 730 Ausländern bilden in der Berliner Bevölkerung die Oesterreicher, auf welche allein 10 682 Köpfe entfallen, dann folgen Rußland mit 5449, England mit 1336, die Schweiz mit 1086 Staatsangehörigen.

Aus Italien stammen nur 805 Personen, geborene Franzosen giebt es 778 in Berlin, außerdem u. a. 289 Belgier, 892 Dänen, 168 Luxemburger, 483 Niederländer, 949 Schweden und Norweger, 87 Spanier und Portugiesen. In den 25 730 Ausländern in Berlin zählen ferner 2051 Amerikaner (darunter allein 1728 aus den Vereinigten Staaten), 144 Afrikaner, 269 Afiaten, 52 Australier.

Eine interessante Ergänzung der obigen Mittheilungen über die Zusammenfassung der Berliner Bevölkerung bilden die Angaben der amtlichen Statistik über die Art, wie die geborenen Berliner sich auf die einzelnen Theile Deutschlands vertheilen. Die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs betrug am 1. Dezember 1890 49 428 470 Personen, von ihnen hatten sich 790 488 als geborene Berliner begeben. Rührt man hierbei die 642 651 echten Berliner, die ihrer Mutterstadt treu geblieben sind, außer Betracht, so gab es am 1. Dezember 1890 also außerhalb Berlins 147 807 geborene Berliner in Deutschland, und zwar allein 127 279 im Königreich Preußen, ferner 1295 in Bayern, 5783 in Sachsen, nur 497 in Württemberg, 918 in Baden, 580 in Hessen, 2830 in Mecklenburg, 648 in Sachsen-Weimar, 208 in Oldenburg, 809 in Braunschweig, 1210 in Anhalt, 510 im Bremischen, 3216 im Hamburger Staatsgebiet, 1143 in Elb-Lothringen und 1611 in den übrigen deutschen Bundesstaaten. Von den preussischen Provinzen, in denen außerhalb Berlins 147 807 geborene Berliner lebten, hatte Brandenburg natürlich den größten Zustrom von Berliner Kindern (allein 84 721), dann folgte Sachsen mit 8606, Schlesien mit 7215, Pommern mit 6653, die Rheinlande mit 4062, Posen mit 3801, Hannover mit 2714, Westpreußen mit 2569, Schleswig-Holstein mit 2207, Hessen-Nassau mit 2041, Ostpreußen mit 2026, Westfalen mit 1645 und Hohenzollern mit 15 992 Preussathenern. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß auch den neuesten Aufspruch auf Helgoland am 1. Dezember 1890 4 echte Berliner Kinder gehörten.

Warum wird von oben herab die bürgerliche Presse so unendlich tief verachtet? Aus Abbazia, wo sich zur Zeit die Familie des deutschen Kaisers, sowie ein Schachzeitungs-korrespondent aufhält, läßt sich der „Berliner Lokal-Anzeiger“ u. a. telegraphiren: „Nur für ein Schiff war die Erlaubniß erwirkt worden, im Hafen am Molo Adamich anzu-legen und zu warten, bis der Kaiser an Bord gefahren sein würde, es war der Spezial-Dampfer des Berliner Lokal-Anzeiger, die „Sphyl“, von der sich das Volk von Piume allerlei Merkwürdiges erzählt, wobei der Name des Blattes von Mund zu Mund ging.“ Hierzu wird der „Kreuzzeitung“ geschrieben: In Ergänzung dieser telegraphischen Korrespondenz des Berliner Lokal-Anzeigers können wir einem „on dit“ zufolge noch mittheilen, daß der „Spezialdampfer“ weiß angestrichen und mit einem breiten Bordstreifen in korbnblauer Farbe versehen war, auf welchem mit weißen Lettern geschrieben stand: „Der Berliner Lokal-Anzeiger hat die größte Auflage aller Berliner Zeitungen!“

Kann man sich angehtlich dieser glücklichen Vereinigung von Geschäftsklatsch und Byzantinismus noch wundern, wenn in „maßgebenden“ Kreisen ein Zeitungswesen nicht ganz so hoch eingeschätzt wird, als etwa ein Palais oder ein Hofhund?

Es ist tief beschämend für die bürgerliche Presse, daß ihre Deute sich zu einem so erniedrigenden Treiben hergeben müssen. Noch viel beschämender aber ist es für den sittlichen Zustand eines nicht geringen Theils unseres Volkes, daß das unparteiisch-feroile Klatschblatt Recht hat, wenn es schreibt: „Der Berliner Lokal-Anzeiger“ hat die größte Auflage aller Berliner Zeitungen!“

Ein preussisches Mittergefangniß. Pflöhssee, Zimmer Nr. 28, das sogenannte Sprechzimmer, in welchem die Gefangenen allmonatlich einmal mit ihren Anverwandten verkehren dürfen und zwar jedesmal nur — 15 Minuten lang, ist in drei kleinere Räume getheilt, welche durch bis an die Brust reichende Holzverschlüsse von einander getrennt sind. Hinter dem nach rechts zu liegenden Verschlusse kommt der erste zur Sprechstunde vorgeladene Besuch zu stehen — warten, es stehen ja auch zwei Stühle in dem Raum. In dem zweiten Verschlusse befindet sich der die Sprechstunde „abhaltende“ Obergewächser. Wendet man nun den Blick nach links, dem dritten Verschlusse zu, glaubt man im ersten Augenblick in einer Menagerie zu sein. Von der hölzernen Brustwehr nämlich zieht sich und zwar erst seit dem „Heinze-Prozess“ fast bis zur Decke des Zimmers ein starkes Drahtgitter, welches die ganze linke Seitenfront einnimmt und an der einen Seite eine kleine Thür hat, welche beim „Sprechen“ zugeschlossen wird. In diesem Verließ hat der Gefangene seinen Stehplatz, so lange der Besuch andauert. Das Drahtgitter soll den Zweck haben, daß die Anverwandten mit den Gefangenen persönlich nicht verkehren, hauptsächlich aber ihnen nichts zusteden sollen. Dennoch halten wir diese Art von Schaustellung gelinde gesagt für nicht menschenwürdig, und manch' altes Mütterchen, welches noch einmal ihren verlorenen Sohn sehen wollte, ist hinter ihrem Verschlusse halb ohnmächtig zusammengefallen, sobald sie denselben, einem wilden Thiere gleich durch das Gitter grinsend, anständig geworden. Viele Gefangene verzichten daher überhaupt auf einen Besuch; denn in keiner anderen Strafanstalt, ja nicht einmal in Zuchthäusern, existirt diese Einrichtung. Wir rufen daher mit Tausenden von Unglücklichen: „Weg mit dem unwürdigen Gitter“, denn es ist vollständig überflüssig. Wie aus der von uns oben angegebenen Beschreibung ersichtlich, ist es für die Betheiligten überhaupt ganz unmöglich, in irgend einer Weise persönlich mit einander zu verkehren, weil der dienstthuende Obergewächser zwischen ihnen untergebracht ist, daher jedes Wort hört, was gesprochen wird und auch jede und nur geringste Bewegung des Betreffenden sieht. Außerdem ist aber auch der Raum zwischen dem Gefangenen und seinem Besuche so weit entfernt, daß ein „Zuflecken“ oder „Zuwersfen“ irgend eines Gegenstandes so wie so absolut unmöglich ist. Im Sprechzimmer des sog. Mädelstüßlens ist doch auch kein Drahtgitter, dort können doch die Gefangenen mit ihren Anverwandten Gräße und wohl auch Küsse mit einander austauschen? Auch würde es sich im Interesse der Gefangenen empfehlen, wenn die Sprechstunde 15 Minuten länger ausgedehnt würde; denn es ist schon oft vorgekommen, daß die Gefangenen bei ihrem plötzlichen Hervortritt zur Sprechstunde so perplex und die Anverwandten angehtlich des unheimlichen Drahtgitters so verwirrt gewesen sind, daß sie, ohne auch nur ein Wort der Begrüßung hervorgebracht zu haben, nach 15 Minuten unverrichteter Sache wieder von einander gehen mußten.

Also nochmals — weg mit dieser russischen Situation!

Das „Intelligenzblatt“ rühmt sich in seiner Mittwochnummer, daß es in den Kreisen der Sozialdemokratie resp. der Geverschaften wegen seiner Versammlungsberichte, sowie wegen

einer sonstigen Artikel über die Arbeiterbewegung „beachtet“ und „geschätzt“ werde. Das ist zum Teil richtig. Namentlich bei den älteren Berliner Arbeitern werden, wenn sie das „Intelligenzblatt“ lesen, Erinnerungen an den 1868er „Vollstrecker“ sozialistengesellschaftlichen Angehörigen wach; auch der „Vollstrecker“ hat sich bekanntlich vor allem auf seine Versammlungsberichte schon etwas zu Gute. Die Neulichkeit ist in diesem Fall zu frappant, als daß sie der denkenden Arbeiterschaft entgehen könnte.

Zum hannoverschen Spieserprozeß. Die Aussage des „alten ehrlichen“ Seemann, der jüngst in einer in Oesterreich schwebenden Strafsache gegen den bekannten Lichtner als Zeuge vernommen wurde, giebt über den in jenem Prozeß als Angeklagter figurirenden Herrn v. Meyerind, der sich nach seiner Verurteilung im Gefängnis entleibte, eine interessante Aufklärung. Meyerind hatte bekanntlich zur lebhaftesten Genugthuung eines hohen Adels versucht, sich lediglich als das Opfer unglücklicher Verhältnisse darzustellen und die Beschuldigung der Falschspielerei oder der Altruismusgegenseitigkeit von sich abzuwenden. In gewissen Kreisen hat man sich denn auch bemüht, ihn mehr als gezwungenen, denn als freiwilligen Betrüger anzusehen. Diese Annahme ist aber neuerlich völlig zerstört worden durch die Zeugenaussage des „alten ehrlichen“ Seemann, welche ergibt, daß Meyerind nicht bloß Schlemper des Spielertums, sondern auch Mitspieler des Falschspiels gewesen ist. Danach hat Lichtner mit falschen Karten gespielt; er soll auch, wenn er solche nicht einschmuggeln konnte, so „tüchtig“ gewesen sein, daß er nach einigen Spielen mit fremden Karten sich deren Unterschiede auf den Rückseiten merken konnte. Meyerind hat die Lichtner'sche Kunst gekannt und zunächst gegen 15 pCt. des Gewinnes den Schlemper gespielt. Der Gewinnanteil ist schließlich auf 25 pCt. erhöht worden, und das freundschaftliche Verhältnis soll erst dann ernstlich bedroht gewesen sein, als Meyerind schließlich 50 pCt. verlangte.

Die Umgestaltung des Nachtwächterwesens bringt eine Frage in den Vordergrund, die für viele Betheiligte von hoher Bedeutung ist, nämlich die über den Verbleib der als Schutzmannen nicht übernommenen Wächter. Wie ein Beispiel aus Charlottenburg darthut, ist ein dort bisher beamteter Wächter nicht in die Schutzmannschaft eingestellt worden, weil er zu klein ist. Er ist aber auch nicht mit Ruhegehalt entlassen worden, sondern man hat ihn einfach gefündigt. Wenn er nun auch dadurch einigen Ersatz gefunden hat, daß er in Groß-Lichterfelde als Wächter wieder angestellt wird, so befindet er sich doch immerhin in einer ählichen Lage; denn die neue Stellung bringt nun ein Gehalt von 45 M. monatlich und ist nicht, wie in Berlin und Charlottenburg, mit Schlüssel- und Schlüsselgeldern verbunden. Was wird nun aber aus den übrigen, die einfach auf Kündigung entlassen werden und keine anderweitige Anstellung finden?

Verflüchtigtes Fleisch. Wie die „Allgem. Fleisch-Zeitung“ mittheilt, sind in den letzten 8-10 Tagen auf dem städtischen Schlachthof 18 tuberkulöse Rinder und 22 tuberkulöse Schweine geschlachtet und im gekochten Zustand für Rechnung der gemeinschaftlichen Kasse der Viehkommissionäre verkauft worden. Was die Schlächter angesichts dieses Umstandes namentlich erregt, ist weniger die Sorge um das Publikum, welches das Fleisch kranker Thiere konsumieren muß, als die Furcht vor der Konkurrenz, die sie dadurch noch empfindlich trifft, daß das kranke Fleisch auch an Speisewirthe und Restaurateure abgegeben wird. So gleichgiltig und die Motive sind, von denen sich das Organ der Schlächtermeister leiten läßt, so müssen wir doch seiner Forderung beipflichten, welche dahin geht, daß die Wirthe, welche ihren Gästen verflüchtigtes Fleisch vorsehen, dies durch ein Schild mit entsprechender Aufschrift in ihrem Lokale bekannt zu geben haben.

Das Märkische Provinzial-Museum bleibt bis auf weiteres noch im Köllnischen Rathhaus. Man hat demselben sogar noch einige neue Säle eingeräumt. Es besteht die Absicht, das Köllnische Rathhaus zuletzt abzubauen und für die Zeit der Verdrückung der Vertrauensstraße einen Durchgang durch dasselbe zu improvisiren.

Sehr merkwürdig nennen liberale Blätter folgenden Vorgang. Vorigen Donnerstag Mittag kurz nach 12 Uhr war auf dem Stadthof Zoologischer Garten eben das Abfahrtsignal gegeben worden. Plötzlich lief zu dem Maschinen, der eben im Begriff stand, die Lokomotive in Gang zu setzen, ein Offizier hin und rief ihm die Worte zu: „Wir müssen eine Minute früher in Charlottenburg ankommen, ich muß den Zug nach Spandau noch erreichen!“ Sprach's und warf sich in das nächste Koupee 3. Klasse. Die Blätter, welche diese Mittheilung bringen, meinen, daß der Maschinenführer, der übrigens nach erhaltener Weisung den Offizier vorwärtsmäßig gedrückt hat, sich den Zweifel um den gegebenen Befehl gekümmert haben werde. Man müßte schlecht die Bedeutung des Militarismus kennen, wenn man an dem geschilderten Vorgang etwas Merkwürdiges finden wollte. Wir denken, daß der Zugführer, um Weiterungen zu vermeiden, pünktlich vollführt haben wird, was ihm aus hohem Munde geboten wurde.

Bei dem Unglück in der Nähe des Schiefplatzes Nummerdoofer waren Abtheilungen des Turnganges Berlin I betheiligte. Der Führer, Turnlehrer Fiedler, der das Geinige gelassen hatte, um die Turner vor dem Auffuchen fehlgegangener Geschosse zu warnen, ist selbst mit am schwersten verletzt worden; er ist am Kopf und an den Füßen schwer getroffen worden und wird in der hgl. Klinik in der Fiegelstraße behandelt. Seitens des Militärkommandos ist eine Untersuchung gegen die betreffenden Turner wegen unbefugten Einsammelns von Geschosshülsen eingeleitet worden.

Das schnelle Fahren der Schlächterwagen hat wiederum einen schweren Unglücksfall zur Folge gehabt. Der 2 1/2 Jahre alte Sohn Willy des Kaiser Friedrichstr. 67 zu Pankow wohnenden Tischlers Stude spielte am Dienstag Mittag auf der Straße vor der elterlichen Wohnung. Ein rücksichtslos daherkommendes Schlächterfuhrwerk faßte das Kind und verletzte es so schwer, daß es nach einem Berliner Krankenhaus gebracht werden mußte.

Ein recht höflicher Herr ist der Arzt, der von der Tempelhofer Ord.-Krankenkasse angestellt ist. Schon wiederholt sind von seiten der Arbeiter Klagen über die Behandlung, die ihnen von diesem Herrn zu theil wurde, laut geworden, ohne daß von irgend einer Stelle für Abhilfe gesorgt worden wäre. Zur Illustration geben wir folgenden Vorfall: Ein Arbeiter in der Fabrik von Freudenstein u. Co. hatte sich eine Kontusion des rechten Armes zugezogen. Da ihn der Zustand des Armes beängstigte, hielt er es für das Gerathenste, nochmals den Arzt in Anspruch zu nehmen. „Nun kommen Sie auch gerade die Osterfeiertage hierher“, herrschte der Arzt den Kranken an. Auf die schüchternen Erwiderung des Kranken, er empfinde so große Schmerzen, erhielt er zur Antwort: „Na, der Arm ist ja noch dran.“ In diesem Ton setzte sich die Unterhaltung fort. Es wäre gut, wenn die Herren Ärzte auch den Arbeitern gegenüber sich etwas höflicherer Umgangsformen aneigneten; umso mehr haben es die Arbeiter zu verlangen, da sie ja für ihre Krankenkassen ganz ansehnliche Beiträge leisten müssen. Mögen aber auch die Arbeiter derartige Vorkommnisse in der General-Versammlung der Kasse zur Sprache bringen, denn dort kann zunächst Abhilfe geschaffen werden.

Als Todtschlag stellt sich eine Bluthat dar, die sich gestern (Dienstag) Abend um 8 Uhr in Charlottenburg abspielte. Der Gastwirth August Stage, am 27. März 1865 zu Groß-Rodensleben, Provinz Sachsen, geboren, eröffnete an seinem Geburtsort ein Lokal in dem Hause Waisenstraße 35, nachdem er früher Schumacher und dann Bierfahrer gewesen war. Zu der Doppelfeier

waren verschiedene befreundete Gäste geladen. Zwischen die Gesellschaft mischte sich unbefugter Weise der vielfach und schon mit Zuchthaus bestrafte Arbeiter Ernst Strahl, geboren am 20. Juli 1864 in Gerswalde, Kreis Tempin, der in der Wilhelmsdörferstraße 118/14 bis zum 12. d. Mts. gemeldet war, sich aber aus noch nicht ermittelten Gründen nach Hannover hatte abmelden lassen. Strahl fing mit dem Wirth Händel an und der letztere, ein äußerst kräftiger Mann, der bei dem Regiment der Gardes du Corps gebürtig war, warf ihn kurzer Hand hinaus. Der als Raubbold in Charlottenburg bekannte Störenfried drang wiederum ein und suchte von neuem Streit mit Stage, der sich hinter dem Ladentische befand. Zeugen bekunden nun, daß der Wirth mit der linken Hand über den Tisch hinweg den ungetrunkenen Gast faßte, ihn zu sich hinüberzog und ihm mit einem großen Messer, das er mit der Rechten ergriffen hatte, einen Stich in die Gurgel beibrachte. Er traf die Hauptschlagader, und der Tod erfolgte nach wenigen Minuten infolge Verblutung. Stage, der verheiratet und Vater dreier Kinder ist, wurde alsbald durch die Polizei festgenommen. Strahl war unverheiratet. Seine Leiche wurde zum Zwecke der gerichtsarztlichen Oeffnung nach dem Schauhaus gebracht.

Im Verast verunglückt. Bei einer Herkulesarbeit den Tod gefunden hat gestern Vormittag um 9 1/2 Uhr der 28 Jahre alte Böttcher Johann Meyer, der in der Bodbrauerei angestellt war und Mühlhansenerstr. 2 wohnte. Er hatte ein 42 Hektoliter Bier haltendes, 15 Zentner schweres Lagerfaß vom Boden gehoben, als er ansglitt und im Falle mit dem Kopf unter das Faß gerieth. Die Sonne zerquetschte den Schädel vollständig, sodas der Tod sofort eintrat.

Mittels Alkohol suchte sich am Dienstag Nachmittag die Frau des in der Ackerstraße wohnenden Kaufmanns Hade ums Leben zu bringen. Die Frau, welche seit einiger Zeit an Schwermuth litt, wurde in bedenklichem Zustande in ein hiesiges Krankenhaus überführt.

Das Ende des Arbeitslosen. Aus einem Fenster des Hauses Vorfigstraße 16 gestürzt hat sich vorgestern Nachmittag aus Nahrungssorgen der dreunddreißigjährige Arbeiter Paul Wurst. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er nach der Charitee gebracht.

Ein rabiatier Villetändler versuchte vorgestern Abend einem Herrn, der den Jirkus Renz besuchen wollte, ein Billet anzufordern, wurde aber energisch zurückgewiesen. Hierüber gerieth der Villetändler in eine derartige Wuth, daß er über den Fremden herfiel, ihn mit Fausthieben traktirte und dann zu Boden stieß. Nach Verübung dieser Heldthat ergriff der rothe Patron die Flucht. Der Angegriffene hatte eine klaffende Kopfwunde davongetragen und mußte in der nächsten Sanitätswache verbunden werden. Da der Villetändler von anderer Seite gekannt ist, so dürfte die Affaire noch ein Nachspiel vor dem Strafrichter haben.

Polizeibericht. Am 27. d. Mts. Vormittags gerieth im Lagerkeller der Bod-Brauerei ein Böttcher unter ein etwa 15 Zentner schweres Faß und wurde aus der Stelle getödtet. — Nachmittags stürzte sich ein Arbeiter aus dem Fenster der im 2. Stock eines Hauses in der Vorfigstraße belegenen Wohnung seiner Mutter in den Hof hinab und erlitt außer schweren inneren Verletzungen eine Verstauchung des Rückgrats. — Auf der Spree, vor dem Grundstück Alt-Moabit 64-66, fuhr ein Schleppdampfer gegen ein kleines Boot, so daß die vier Insassen desselben ins Wasser fielen. Sie wurden durch den Führer des Dampfes gerettet und haben anscheinend keinen Schaden erlitten. — Zwischen der Schloßbrücke und der Eisernen Brücke sprang kürzlich ein dreizehnjähriger Knabe in den Spreekanal, wurde jedoch, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, aus dem Wasser gezogen. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt.

Druckfehler-Verrichtung. Es muß heißen in Nr. 70, 1. Beilage, 1. Seite, 3. Spalte, Zeile 25 von oben: Die christlichen Herbergen, statt: Arbeiter; Zeile 42 von oben: die christlichen Herbergen, statt: Theologen; Zeile 59 von oben: recht in die Quere kommt, statt: nicht.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht.

Ausgleichende Gerechtigkeit. Herr M. hatte ein Geschäft zur Herstellung von Musterzeichnungen errichtet und sich für besondere Arbeiten einen Fachmann engagirt. Dieser verlor durch falsche Zeichnungen Material im Werthe von etwa 100 M.; M., welcher infolge mangelnder Fachkenntnisse dies nicht bemerkte, erbielt erst durch Briefe seiner Kunden Kenntniß davon. Er verlangte nicht sofort den Schaden von dem Zeichner ersetzt, sondern ließ nur Neuherungen fallen, wie: „Wer ersetzt mir das?“ und: „Auf eine andere Weise müssen Sie das gut machen.“ Er selbst war verpflichtet, seinen Kunden die geleistete (werthlose) Arbeit nicht anzurechnen und ihnen den Materialschaden zu vergüten; die Leute entzogen ihm schließlich noch ihre Kundenschaft. Als das Verhältnis zwischen M. und seinem Zeichner gelöst wurde, behielt er demselben 100 M. ein, auf deren Herauszahlung jener beim Gewerbegericht Klage erhob. Die Kammer VIII (Vorl. Affessor F r r s t) hatte sich am 24. März damit zu befassen. Der Kläger war nicht anwesend; er weist in Ehemuth. Einigen Einwänden des Beklagten trat der Vorsitzende mit dem Voten entgegen, daß die Angelegenheit desselben rein juristisch zu entscheiden wäre. Daß der Beklagte einen Schaden über die einbehaltene Summe hinaus gehabt, stehe fest; unbedritten sei aber ebenfalls, daß Beklagter, als er von seinem Schaden erfuhr, keinen Anspruch auf Ersatz erhob. Er habe also die Arbeit gewissermaßen abgenommen. Nachträglich hätte er deshalb nicht mit Ansprüchen kommen dürfen. Es frage sich nur, ob nicht trotz dieser Klarheit des Sachverhalts bei der äußerst präcisen Lage des Beklagten ein Vergleich am Platze sei (Beklagter hatte, hauptsächlich infolge jener unbrauchbaren Arbeit des Klägers, 3 Monate ca. nicht und hat jetzt wenig für sich allein zu thun, ist auch mittellos). Der Gerichtshof schloß sich einseitig dem Vorsitzenden an; durch einen schon ernennten Officialvertreter werden dem Kläger Vorschläge des Beklagten schriftlich unterbreitet werden.

Zu der Anklage gegen den Gutsbesitzer und Landrath Karl v. Thüngen und die Redakteure Heinrich Oberwinder und Anton Reminger wegen Verleumdung des Reichsgrafen Grafen Caprivi fand kürzlich vor der I. Strafkammer hiesigen Landgerichts I Termin zur Hauptverhandlung an, welcher aber im letzten Augenblicke aufgehoben werden mußte. Der zum 29. d. neu angeetzte Termin ist abermals aufgehoben worden. Die Frage, ob das hiesige Gericht für die Verhandlung gegen Herrn v. Thüngen zuständig ist, scheint denn doch Schwierigkeiten zu machen.

Zur Verhandlung des Wucherprozeßes gegen den Kaufmann Widenow und Genossen, welcher eine Art Nachspiel aus dem Hannover'schen Spieler- und Wucherprozeß bildet, ist auf den 5. April ein Termin vor der IX. Strafkammer anberaumt worden. Zu dem Termin ist eine große Anzahl von Offizieren, Gutsbesitzern u. geladen worden.

In einer Fieslen-Anklage, die das neuerdings so vielfach bedackerte Gebiet des Seifen-Schwindels berührt, ist das Vorverfahren jetzt geschlossen worden. Es handelt sich um eine Strafsache Lehrer und Genossen, an welcher acht Angeklagte betheilig sind. Die Anklage allein umfaßt 95 Folienseiten, die Briefe allein 16 Volumina. Die Sache ist so weit gediehen, daß die Anklage des Termins unmittelbar bevorsteht.

Gegen die unzüchtigen Handlungen, die jetzt vielfach in den Abtheilen der Stadt- und Ringbahn vorgenommen werden, geht die Bahnverwaltung jetzt in allen zu ihrem Kenntniß kommenden Fällen mit Strafverfügungen vor. Letztere haben vor den Schöffengerichten bisher nur wenig Erfolg gehabt, weil die Gerichte erster Instanz das Thalbestandsmerkmal der „Oeffentlichkeit“ bei der Erregung des Kergernisses vernichten. Zum ersten Male hatte gestern die V. Strafkammer zu dieser Frage Stellung zu nehmen, da Staatsanwalt Dr. Borchert in einem solchen Falle gegen das freisprechende Erkenntnis des Schöffengerichts Verurteilung eingelegt hatte. Die Strafkammer trat denn auch nicht auf die Seite des Schöffengerichts. Sie nahm vielmehr an, daß der betreffende Angeklagte der Erregung eines öffentlichen Kergernisses durch Vornahme unzüchtiger Handlungen schuldig sei und verurtheilte ihn zu einer Woche Gefängnis. Der Gerichtshof hielt das Kriterium der Oeffentlichkeit für erfüllt, da es trotz der auf der einen Seite vor das Wagenfenster gezogenen Gardine doch möglich war, von der anderen Seite des Bahnsteiges in den erleuchteten Wagen hinein zu sehen. Bei der Strafzumessung erwog der Gerichtshof die Gemeingefährlichkeit solcher Handlungen in einem öffentlichen Verkehrsinstitut.

Eine Denunziation. In recht häßlicher Weise hat die unverheiratete Auguste Genfcke, die gestern wegen wissentlich falscher Anschuldigung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stand, an einem ungetreuen Liebhaber Rache genommen. Die Angeklagte hatte ein Diebesverhältnis mit einem Arbeiter Werner, der ihr aber schließlich den Kaufpaß gab. Eines Tages ging bei der Staatsanwaltschaft ein längeres, in ungläublichem Deutsch abgefaßtes Schreiben ein, in welchem die Schreiberin anzeigte, daß sie zufällig in einer Restauration ein Gespräch mehrerer Leute belauscht habe und der festen Meinung sei, daß sie einer großen Diebesgesellschaft auf die Spur gekommen sei. Als Theilnehmer der Diebesgesellschaft wurde neben anderen auch der Arbeiter Werner bezeichnet und die Kriminalpolizei angefordert, bei diesem Hausdurchsuchung abzuhalten. Letztere war gänzlich ohne Erfolg und die Denunziation zweifellos wider besseres Wissen erstattet. Der gerichtliche Schreibachverständige Sekretär Richter erklärt mit der größten Bestimmtheit, daß die Anzeige von der Angeklagten geschrieben sei. So nachdrücklich die Angeklagte auch bekräftigt, mit der Denunziation irgend etwas zu thun gehabt zu haben, so überzeugte sich doch der Gerichtshof sehr bald von der vollen Schrift-Neberestimmung und verurtheilte die Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis.

Wiederum hatte sich gestern ein früherer Redakteur des „Sozialist“, der Klemperer Heinrich Rest, wegen Ausreizung vor der III. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Es handelte sich um einen Artikel mit der Ueberschrift „Feinden der Zeit“, der in der Nr. 6 des „Sozialist“ von diesem Jahre erschienen war. Staatsanwalt Dr. Benedy beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von einem Jahre, der Gerichtshof erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Auch in diesem Falle war das Verfahren gegen den kläglich gewordenen Druckerbesitzer Werner ausgedehnt worden, in dessen Offizin der „Sozialist“ gedruckt worden ist.

Soziale Uebersicht.

An die Arbeiter Berlins! Die freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen hat in der letzten Mitgliederversammlung beschlossen, als Erlennungszeichen für die Mitglieder dieser Vereinigung rothe Mitgliedskarten auszugeben. Wir bitten nun die Parteigenossen, da unsere Vereinigung auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht und wir uns die für unseren Beruf gewiß schwierige Aufgabe gestellt haben, die Mißstände und Schäden, die in unserem Gewerbe zahlreich vorhanden sind, zu beseitigen, uns in diesem Streben, soweit es möglich ist, zu unterstützen und unsere Vereinsmitglieder bei Einkäufen zu betheiligen.

Der Vorstand.

Kühn, Töpler!

Auf dem Bau Gledhornstraße 8 (Berlin) haben sämtliche Kollegen wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Die Arbeit führt der Tischlermeister Deustag. Wir ersuchen die Kollegen, den Zugang fernzuhalten.

Der Vorstand

des Vereins der Tischler Deutschlands (Zentrale Berlin.)

An die Arbeiter Schönebergs! Morgen, am 29. März, findet die Stichwahl für die drei Gemeindevorsteher statt. Unsere Gegner haben in letzter Stunde gemeinsame Sache gemacht. Rücksichtslos dieser Thatsache haben auch wir alle Anstrengungen zu machen, um den Sieg zu erringen. Es hat deshalb in jeder Genosse, der wahlberechtigt ist, seine Pflicht zu erfüllen und außerdem alle ihm bekannten Wähler energisch an ihre Wahlpflicht zu erinnern.

Unsere Kandidaten Schubert und Köster sprechen am Donnerstag Abend über unsere Forderungen. (Siehe Inserat in der gestrigen Nummer.)

Parteigenossen, die sich am Wahltag dem Komitee zur Verfügung stellen wollen, können sich am Freitag, den 30. d. M., früh 8 Uhr, bei Siegeler, Goltstr. 43, melden.

Das Wahlkomitee.

Der Streit der Former in Keula dauert unverändert fort. Die Direktion sucht in Berlin durch den Agent Röhling, Alexandrinerstr. 23, laut Annonce Former nach Keula: Fahrt 1. Klasse. Am 3. Feiertag, Abends 6 1/2 Uhr, sollte ein Schub angeworbener Former von Bahnhof Friedrichstraße durch den Direktor Penfer aus Keula nach dem Eldorado entführt werden, jedoch durch die Wachsamkeit der Berliner Kollegen mußten der Herr nebst Agent zu ihrem größten Schmerze erleben, daß sich kein Former fand, welcher nicht den Berliner Kollegen Gehör schenkte und hier blieb, trotzdem der Agent Röhling jedem angeworbenen Former 5 M. Handgeld gegeben hatte. Als Direktor Penfer und Agent Röhling sahen, daß ihr Weizen hier nicht blüht, verdufteten die Herren per Drohsche erster Klasse, um ihre Kuppasse aus den Augen zu verlieren. Die Rechnung war aber ohne die Berliner Former gemacht, dieselben waren neugierig und fuhren den Herren nach, wodurch dann eine kleine Welt-Korrespondenz entstand. Also geht auf Agent Röhling acht.

Den streikenden Bauhandwerkern in Zürich werden demnächst auch die Tischler folgen. In einer Versammlung wurde mit 418 gegen 8 Stimmen der Streik beschlossen. Die 14tägige Kündigung soll inne gehalten werden, damit alle Vorbereitungen getroffen werden können, den Kampf zu einem erfolgreichen zu machen.

Der 13. Gau des Bezirks Mittelrhein des Verbandes deutscher Buchdrucker fand während der Osterferien in Wiesbaden statt. Anwesend waren 33 Delegirte, welche 12 Bezirksvereine vertraten. Unter den Beschäftigten ist hervorzuheben, daß für die Folge zur Gewinnung neuer Mitglieder eine regere Agitation als bisher entfaltet werden soll. Ein Flugblatt soll zu diesem Zwecke demnächst erscheinen und außerdem soll in öffentlichen Versammlungen mehr als bisher zu dem Verbands nicht angehörigen Buchdruckern gesprochen werden. Bei der Statutenberatung fand eine Veränderung Platz, wonach in Zukunft die arbeitslosen Mitglieder aus der Gaukasse einen Zuschuß von 3 M. erhalten. Der Beitrag zur Gaukasse wurde auf der seitherigen Höhe belassen. Eine vom Gauverein Wiesbaden gestellte Resolution behufs Errichtung von Arbeitsnachweisen fand Annahme, und wurde der Gauvorstand

beauftragt, mit dem Zentralvorstand sich darüber zu benehmen. Als Bauvorsteher wurde einstimmig Philipp Haas-Mainz gewählt. Der nächste Sonntag findet 1897 in Neustadt an der Gardt statt.

Der Einfluß der Schwaßmaschine macht sich in Amerika bereits bemerkbar. Die „Deutschamerikanische Buchdrucker-Zeitung“ theilt mit, daß in 70 amerikanischen Städten in 132 Offizinen 999 Schwaßmaschinen in Thätigkeit sind. In diesen Offizinen waren vor Einführung der Maschinen ständig 3461 Seher, sowie 1188 Ausbesser beschäftigt, während jetzt nur noch 2201 ständige und 412 Ausbesser thätig sind. Hierdurch hätten die Maschinen 2071 Mann oder jede Maschine etwa 2 Mann verdrängt. — Wenn auch die heutigen Schwaßmaschinen noch nicht befriedigend funktionieren, so daß verhältnismäßig nur erst wenig Arbeitskräfte durch sie ersetzt werden, so ist es doch nur eine Frage der Zeit, bis auch im Buchdruckergerwerbe eine gewaltige Revolution durch die Maschinenteknik herbeigeführt werden wird.

Amstisch bekräftigtes Elend. Die amtliche „Leipziger Ztg.“ meldet von dort: Eine schreckliche That beging am 22. März früh gegen 6 Uhr in einem Anfälle geistiger Störung, hervorgerufen durch Noth und Elend, die im dritten Stockwerke des Hauses Schenkendorffstr. 22 wohnhafte Malerzöbelfrau Brenneisen. Die Unglückliche warf ihre beiden Kinder, einen Knaben von sieben und ein Mädchen von vier Jahren, aus einem Fenster ihrer Wohnstube auf die Straße hinunter und sprang ihnen dann selber nach. Die Kinder wurden durch den Fall augenblicklich getödtet und als Leichen von Passanten vom Plage getragen; die Mutter wurde noch lebend, aber schwer verletzt aufgehoben und in das Krankenhaus St. Jakob übergeführt, wo sie 1/10 Uhr Vormittags verschieden ist. Der Gemann weilt zur Zeit in Hamburg, um dort Arbeit zu suchen, und hatte geschrieben, daß alle seine Bemühungen danach vergeblich geblieben seien. Den die Wohnung öffnenden Beamten bot sich ein Bild tiefen menschlichen Elends: sie enthielt kaum mehr als einen Tisch, ein paar Stühle und die dürftigen Lagerstätten der armen Kinder, die heute Morgen darin zum letzten Male erwachen sollten. Aber trotzdem — Nothstand giebt es nicht!

Jugendliche Fabrikarbeiter waren im Jahre 1892 im Deutschen Reich in den Betrieben, die den Fabrikinspektoren unterstellt sind, im ganzen 208 251 beschäftigt, 88 488 weniger als im Jahre 1890. Davon waren 7815 Knaben und 3897 Mädchen unter 14 Jahre alt (9941 Knaben und 6384 Mädchen weniger als im Jahre 1890), und 128 804 männliche und 68 733 weibliche Arbeiter standen im Alter von 14 bis 16 Jahren (im Jahre 1890 mehr: 10 450 m. und 6763 w.) Danach hat sich die Zahl der Kinder um 59 pCt., die der 14—16jährigen Arbeiter um 8 pCt. vermindert.

Eine glänzende Stellung muß die eines Kommiss in einem Berliner Konfektionsgeschäft sein, dem folgender Engagementvertrag vorgelegt wurde: Der junge Mann hat von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends im Geschäft zu sein. In der Saison wird bis 10, oft bis 12 Uhr Nachts gearbeitet. In solchen Fällen giebt es keine Vergütung für Abendrot. Mittagszeit wird eine Stunde gewährt, doch richtet sich dieselbe nach der freien Zeit, welche die Beschäftigung zuläßt. Das Engagement lautete per 1. April; Eintritt wurde per 1. März umentgeltlich bis 1. April gefordert; dafür wurde das Gehalt von jährlich 1000 M. bewilligt. Kündigung täglich. — „Der Konfektionist“, dem wir obiges entnehmen, verschweigt den Namen des Geschäftsinhabers, weil er annimmt, dieser würde sich schon „getroffen fühlen“. Ueber den slavischen Vertrag selbst ist genanntes Blatt überhaupt nicht entrüstet, sondern meint nur, solche Verträge schließt man nicht ab, denn sie geben nur den Sozialdemokraten Gelegenheit zu „Schimpereien“. Würden diese nicht „schimpfen“, so könnten also auch die Verträge ruhig so abgeschlossen werden. Als ob man zu dem Engagementvertrage überhaupt noch etwas hinzuzufügen hätte; spricht der nicht deutlich genug für sich selbst?

Ein Göttinger Arbeitgeber schrieb seinem Arbeiter folgende Kündigung: Da Sie mir heute erklärten, daß Sie nicht an Gott glauben, kündige ich Ihnen hiermit Ihre Stellung. Wenn Sie wollen, können Sie bald gehen, wenn Sie wollen, können Sie auch Ihre 14 Tage noch arbeiten. Menschen, die sich noch rühmen, nicht an Gott zu glauben, kann ich in meinem Geschäft nicht dulden. Wenn Sie bald gehen, zahle ich aber selbstverständlich keinen Lohn auf 14 Tg. — Die Herren Arbeitgeber haben Recht, daß sie von ihren Arbeitern den Glauben an Gott verlangen, denn den Glauben an sie verlieren die Arbeiter so immer mehr.

Eine kräftige Antwort ertheilten die sozialistisch gesinnten Frauen Darmstadt's den Frauen und Jungfrauen der bürgerlichen nationalliberalen Partei auf ihre Aufforderung, die „Dankadresse“ an ihren Götzen, Bismarck, zu unterzeichnen. Sie haben einen Aufruf erlassen, der auszugswweise so lautet: Wir Proletarier-Frauen und Mädchen wollen unseren Gefühlen auch einmal Ausdruck geben; scharren wir uns zusammen und stiften wie der sozialdemokratischen Partei Darmstadt, der Partei, welche jeder Zeit für die Interessen des arbeitenden Volkes eingetreten ist, eine rote Fahne, das Symbol der Freiheit. Darum, Ihr sozialdemokratischen Frauen und Mädchen, laßt uns nicht eher ruhen und rasten, bis auch wir die rote Fahne in Darmstadt wehen sehen. Listen zur Einzeichnung zwecks Gründung eines Frauenvereins sind in vielen Lokalen Darmstadt's ausgelegt worden.

Neue Beamtenstellen sind in dem Bezirk des 8. Armeekorps (Rheinland) durch Militärämtern zu besetzen. So unter andern die Stelle eines Lohnschreibers beim k. k. Amtsgericht in Gemünd (Eifel) mit einem monatlichen Gehalt von 70 Mark. Zwei Lohnschreiber werden vom Amtsgericht in Lobban gesucht, monatliches Gehalt 60 bis 70 Mark. — Beim Bürgermeisteramt Wäheim a. d. Mosel ist die Stelle eines Bewerwarters und Bürgermeisterboten zu besetzen. Jährliches Gehalt 700 Mark. — Die Volksgarten Odenthal sucht einen Landdreschträger. Anfangsgehalt 650 Mark jährlich und 60 Mark Wohnungsgeld-Zuschuß. Die Gemeindeverwaltung in Ullingen sucht zwei Feldhüter und Hülfspfleger, denen das große Gehalt von jährlich 240 Mark nebst Dienstmagd und Mantel geboten wird. — Das Bürgermeisteramt Bilsch sucht einen Feldhüter; jährliches Gehalt 300 Mark. Sämtlichen für diese Aemter Verufenen wäre beim Eintritt ihrer Stelle ein gut eingerichtetes Hungerriemen als unentbehrliches Ausrüstungsstück zu empfehlen.

Billige Arbeitskräfte. In der Nr. 2539 der Münchener „Fliegenden Blätter“ steht folgende Annonce: „Zur Ausnützung billiger Arbeitskräfte suche noch einige Maschinenartikel; Nähmaschinen stehen zur Verfügung.“ — Die „billigen“ Arbeitskräfte stehen dem Brauen also zur Verfügung, die theureren Maschinen ebenfalls — es fehlt nur an Arbeit.

Im allgemeinen deutschen Tagesirerverein (Filiale Berlin) referirte in einer Mitgliederversammlung am 19. März Kollege Weis über „Die Bedeutung des 18. März“. Nach dem Vortrage erlebte die Versammlung einige Vereinsangelegenheiten. Unter andern kamen auch wieder die Verhältnisse in der Verfassungskommission zur Sprache. In der nächsten Versammlung am 2. April, zu der die Kollegen eingeladen werden, wird man die Angelegenheit einer eingehenden Erörterung unterziehen.

Der „goldene Boden“ des Handwerks geht immer mehr verloren. Um dies einzusehen, braucht der „ehrliche Meister“ nur die Geschäftsberichte der großen Aktiengesellschaften nachzulesen. So zahlen die Vereinigten Frankischen Schiffsbauwerken in Nürnberg eine Dividende von 12 pCt. Nach der am

31. Dezember abgeschlossenen Bilanz beträgt das Aktienkapital 750 000 M., die Hypothekenschuld 274 000 M. Der erzielte Reingewinn von 155 946 M. wird in nachstehender Weise verwendet: 90 000 M. für Bezahlung obiger Dividende, 7797 M. für den Reservefonds, 5000 M. für den Spezial-Reservefonds, 5000 M. für Delkreder-Konto, 8000 M. für Unterstufungs-Konto, 31 735 M. für Lantien, 13 412 M. zum Vortrag auf neue Rechnung. — Wie lange wird es noch dauern und der ehrsame Schuhmachermeister wird der Vergangenheit angehören.

Reichsgerichtliche Strafbestimmungen gegen Familienväter, die in der Lage sind, ihren Angehörigen den notwendigen Unterhalt zu gewähren, es aber vorziehen, den Verdienst für sich zu behalten und die Familien der Armenverwaltung zu überlassen, treten am 1. April in Kraft. In Zukunft wird es Verwaltungsbeamten nicht mehr gestattet sein, wie es bisher sehr häufig geschah, Arbeiter, denen es bei ihrem länglichen Verdienste nicht möglich war, ihre Familien vor Inanspruchnahme der Armen-Unterstützung zu schützen, aus der Arbeit zu rufen und ins Arbeitshaus zu sperren. Der Freiheitsentzug wird ein richterliches Verfahren vorausgehen haben.

Arbeitslosigkeit in Spanien. Eine Rundgebung von 2000 Arbeitlosen hat in San Lucar stattgefunden, wobei nach Angabe der offiziellen Depeschen zahlreiche Diebstähle von Brod vorliefen. Der Bürgermeister wandte sich drablich nach Cadix um Hilfe. Die Geschichte beweist nur, daß auch dort das Elend tiefengroß wird.

Reichthum und Armuth in den Vereinigten Staaten. Das amerikanische „Political Science Quarterly“ — Vierteljahresschrift für politische Wissenschaft — veröffentlichte eine Studie über „Die Vertheilung des Reichthums“. Der Gesamtreichthum der Vereinigten Staaten wird auf 66 000 Millionen Dollars veranschlagt, wovon sich 71 pCt. im Besitz von 9 pCt. der Bevölkerung befinden. Die 91 pCt. der Bevölkerung, welche zusammen nur 29 pCt. des Nationalreichthums besitzen, theilt der Verfasser des Artikels in die folgenden sechs Gruppen ein: 1. 1 400 000 Farmpächter-Familien mit durchschnittlich 150 Doll. Vermögen gleich 216 Millionen Dollars. 2. 752 700 Familien, welche Farmen bis zum Werthe und sonst noch etwas zum Werthe von 500 Doll. haben, aber mehr als zur Hälfte dieses Wertes verschuldet sind, durchschnittlich doch nur 2000 Doll. besitzen gleich 1 500 Millionen Dollars. 3. 1 756 440 schuldenfreie Farmer mit durchschnittlich 8000 Doll. Eigenthum gleich 14 059 Millionen Dollars. 4. 5 159 796 nichtländliche Familien, die zur Mische wohnen und durchschnittlich 500 Doll. besitzen gleich 2 580 Millionen Dollars. 5. 720 618 nichtländliche Familien, die in ihrem eigenen Hause wohnen, aber so verschuldet sind, daß sich ihr Eigenthum auf 1600 Dollar reduziert gleich 1 152 Millionen Dollars. 6. 1 764 278 nichtländliche Familien, welche ein schuldenfreies Eigenthum von durchschnittlich 7000 Doll. besitzen gleich 12 350 Millionen Dollars. Die sechs Gruppen, von zusammen 11 593 887 Familien repräsentieren 91 pCt. der Familien der Vereinigten Staaten (12 690 152 nach dem letzten Zensus), und diese 91 pCt. nur 29 pCt. des Gesamtreichthums. Unter den 9 pCt. Reichen (1 096 265 Familien) giebt es 4047 Millionär-Familien, welche zusammen 12 000 Millionen Doll. besitzen. Die 4047 Millionärfamilien repräsentieren also drei Tausendstel der Bevölkerung der Nation und besitzen trotzdem den größten Theil des Gesamtreichthums der Vereinigten Staaten. Das Proletariat in Amerika umfaßt demnach 52 pCt. der Bevölkerung, die Mittelklasse 39 pCt., die Reichen 9 pCt. Und innerhalb der Klasse der Reichen — welche 71 pCt. des Nationalvermögens hat — haben, wie ausgeführt wird, die 4047 Millionärfamilien beinahe den dritten Theil jener 71 Prozent des Nationalvermögens in ihrem Besitze.

Dies die Ziffern des amerikanischen Blattes. Sie können natürlich nur auf annähernde Richtigkeit Anspruch machen. Jedemfalls aber sehen sie die Thatfache in grelles Licht, daß der Nationalreichthum dort, wie überall, sehr ungleich vertheilt ist, und daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung die Bereicherung einiger Weniger auf Kosten der arbeitenden Millionen herbeiführt.

Versammlungen.

Der Verband der in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands hielt während der Osterferien hier in Berlin seine vierte Generalversammlung ab. Dieselbe war von allen Filialen des Verbandes, sowie seitens der Juristen von Hamburg, Schleudis und Markranstädt besetzt. Auch die Militärämtermacher Berlin waren durch einen Delegirten vertreten. Die Verhältnisse des Verbandes sind nach dem Berichte des Hauptvorstehenden Kobis-Hamburg nicht besonders günstige, was sowohl auf die allgemeinen Verhältnisse, als auch im besonderen auf den Austritt der Juristen von Markranstädt zurückgeführt wurde. Letztere haben einen eigenen Zentralsverband ins Leben gerufen, was von großem Nachtheile für den Kürschnerverband gewesen sei. Besagter Austritt wurde lebhaft debattirt und, wenn auch vergeblich, darauf hingewirkt, einen Ausgleich herbeizuführen. Mehrere Filialen hätten sich aufgelöst und die bestehenden Filialen litten Mangel an zahlenden Mitgliedern. Sollten die Verhältnisse bessere werden, gelte es, alle Kräfte einzusetzen zum Besten des Verbandes. Als ein schwerer Uebelstand wurden bisher die hohen Kosten des Fachorgans empfunden. Die Filiale Berlin hat sich demzufolge veranlaßt gesehen, ein neues Fachorgan herauszugeben, welches weniger Kosten verursacht. Der vom Kassirer Fritsch für die Zeit vom 1. April 1892 bis 17. März 1894 erstattete Kassenbericht ergab eine Einnahme in Höhe von 4783,97 M., eine Ausgabe in Höhe von 4084,42 M. und einen verbleibenden Bestand von 699,55 M. Hieran schloß sich der Bericht der Vertrauensmänner und des Ausschusses und wurde dem Gesamtvorstande wie dem Kassirer Decharge ertheilt. Zur Verabhandlung stand sodann die Frage, ob der Kongreß aller in der Bekleidungsindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen besetzt werden solle. Auf demselben soll über die Gründung eines Industrieverbandes verhandelt werden und wurde demzufolge gleichzeitig die Frage des Beitrittes zum eventuell zu gründenden Industrieverbande mit in die Verabhandlung hineingezogen. Die Verabhandlung war eine sehr eingehende und gingen die Meinungen auseinander. Wenn auch über die Beschickung des Kongresses die Delegirten sich einig waren, so herrschte doch, wenn auch nicht aus prinzipiellen, sondern lediglich aus praktischen Gründen über die Frage des Beitrittes zum Industrieverbande eine große Meinungsverschiedenheit. Unter dem Geuern des Industrieverbandes befand sich auch das Mitglied der Generalkommission Labath. Derselbe wies darauf hin, daß man in Deutschland förmlich an einem Gründungsfeide leide. Eine Organisationsform jage die andere und keine sei leistungsfähig. Die Gründung eines Industrieverbandes hielt er so lange für verfehlt, als die große Masse noch so indifferent, so unorganisiert sei, die Bedeutung der Zentralverbände so wenig begriffen habe. Besser solle man den Zentralverband ausbauen und kräftigen. Das Resultat der Beratungen war, daß die Beschickung des Kongresses der Bekleidungsindustrie beschlossen wurde. Jedoch soll die Frage des Beitritts zum Industrieverbande dem Auslösung des Zentralverbandes zunächst in den Filialen eingehend diskutirt und sodann darüber eine Urabstimmung herbeigeführt werden. Sollte diese Urabstimmung zu gunsten des Beitrittes zum etwa zu gründenden Industrieverbande ausfallen, so soll der Delegirte zum Kongresse gehalten sein, sofern die Gründung eines Industrieverbandes auf dem Kongresse beschlossen werden sollte, für Beitritt zu demselben zu votiren. Es folgte die Verabhandlung der gestellten Anträge betreffend Abänderung der Statuten. Hervorzuheben sind folgende Beschlüsse: Ordentliche Generalversammlungen sind

fortab nur alle drei Jahre statt zwei Jahre statt. Die weiblichen Mitglieder sind von den Ertraktoren für die Generalversammlungen befreit. Von den männlichen Mitgliedern wird für diese Zwecke vierteljährlich pro Kopf 15 Pf. Ertraktoren erhoben. Bezüglich des neuen, in Berlin erscheinenden Fachorgans „Der Kürschner“ wurde beschlossen, dasselbe probeweise auf 6 Monate einzuführen. Sollte sich die Unmöglichkeit, das Fachorgan erhalten zu können, herausstellen, so soll an die Stelle des Fachorgans ein Korrespondenzblatt treten. Die Regulirung der Zeitungsfrage wurde der Filiale Berlin übertragen. Der Sitz des Hauptvorstandes, welcher bislang in Hamburg war, wurde aus praktischen Erwägungen nach Berlin, der Sitz des Ausschusses dagegen, welcher so lange in Berlin war, nach Hamburg verlegt. Die Wahl des Hauptvorstandes wird in Berlin erfolgen. Bezüglich der Agitation wurde allseitig anerkannt, daß die kräftigste Agitation zu entfalten dringend notwendig sei. Wenn auch der Hauptvorstand in dieser Beziehung alles gethan habe, so wurden doch verschiedene Spezialwünsche laut. Besondere Beschlüsse wurden nach dieser Richtung hin nicht gefaßt, der Hauptvorstand vielmehr beauftragt, für die erforderliche Agitation Sorge zu tragen. Eine Einigung mit den Juristen wurde nicht erzielt. Beide Verbände bleiben bestehen nebeneinander, doch wurde beschlossen, einen Kartellvertrag bezugs gegenseitiger Reise-Unterstützung anzubahnen. Auch soll seitens der Juristen für mögliche Unterstützung des Fachorgans gewirkt werden. Das Protokoll der Generalversammlung, deren Verhandlungen drei Tage in Anspruch nahmen, soll als Broschüre gedruckt und zur Agitation verwendet werden.

Für alle im Kürschnergerwerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand gelegentlich der hier stattgehabten Generalversammlung des Verbandes deutscher Kürschner und Berufsgenossen am ersten Ostertage eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Verbandsvorsteher Kobis-Hamburg über „Die Lage der im Kürschnergerwerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen und welche Organisation ist die beste für dieselben?“ Vortrag hielt. Redner trat für Zentralisation ein, besonders empfahl er dabei die Mitorganisation der Hilfsarbeiterinnen und Arbeiter. Hierbei wurde auch der Austritt der Markranstädter Juristen aus dem Verbandsverbande auf lebhafteste diskutirt und nahm die Versammlung schließlich gegen einige Stimmen folgende Resolution an: „Die Versammlung hat aus den Ausführungen der anwesenden Delegirten und Kollegen ersehen, daß sich für die Zukunft nur auf dem Boden der Zentralisation günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen lassen. Sie empfiehlt daher, aller Orten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für dieselbe zu agitiren. Die Versammlung fordert die anwesenden Delegirten von Markranstädt und Schleudis auf, diese Resolution den Kollegen ihrer Organisation zu unterbreiten und dafür zu agitiren, daß die Juristen sich dem Verbandsverbande anschließen.“ Die Versammlung beschloß, für Organisation der Arbeiterinnen einzutreten und etwaige Gegenbestrebungen zu bekämpfen.

Der weitere Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zum internationalen Kürschnerkongresse in Brüssel. Nach längerer Berathung kam man zu dem Entschlusse, von einer Beschickung des Kongresses Abstand zu nehmen. Den Werth des Kongresses nicht verkennend war man doch überzeugt, daß man die angeführten der schwachen Organisation bedeutenden Delegationskosten noch besser für Agitation verwenden könne, zudem auf schriftlichem Wege dasselbe zu erreichen sei. Die Angelegenheit wurde der Berliner Agitationskommission zur weiteren Veranlassung überwiesen. Der letzte Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Maßfeier“ wurde zu einer späteren Versammlung vertagt.

Der Zentralverband der Seiler, Reppschläger und Häufer Deutschlands hielt am 24. und 25. März im Saale des Herrn Feindl, Weinstraße 11, seinen ersten Verbandstag ab. Erschienen war je ein Delegirter aus Berlin, Schlotheim, Stettin, Leipzig und Stralburg, ferner ein Delegirter für Mannheim und Frankfurt a. M. und einer für Altona und Hamburg. Der Zentralvorstand war durch den 1. Vorsitzenden Schaad aus Hamburg und den Kassirer Schlüter aus Altona, der Ausschuss durch Schwabe aus Schlotheim vertreten. Seitens der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nahmen deren Vorsitzender, E. Pögen aus Hamburg, an den Verhandlungen Theil. Als provisorische Tagesordnung war festgesetzt:

1. Bericht des Vorstandes und Kassenbericht; 2. Bericht des Ausschusses; 3. Organisationsfrage; 4. Weiterbestehen des Verbandes unter der jetzigen Form oder Anschluß an den Industrieverband der Textilarbeiter; 5. Statutenberathung; 6. Wahl des Verbandesvorstandes und Wahl des Vorstandes und des Ausschusses; 7. Presse; 8. Anträge aus der Mitte des Verbandstages. Die Verhandlungen leitete Schaad-Hamburg. Laut Bericht des Vorsitzenden ist die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre von ca. 500 Mitgliedern auf 237 zurückgegangen. Die Ursache ist in einigen verloren gegangenen Streiks zu suchen. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 1160,99 M., und eine Ausgabe von 1017,68 M. auf; mithin verblieb in der Hauptkassa am 31. Januar 1894 ein Bestand von 143,36 M. Für Streiks wurden seit Bestehen des Verbandes durch Extraversammlungen ca. 5000 M. aufgebracht und verausgabt. Die Thätigkeit des Ausschusses beschränkte sich auf die Schlichtung eines Streitfalles innerhalb einer Filiale. Der Antrag der Filiale Leipzig, den Verband auszulösen und zum Industrieverband der Textilarbeiter überzutreten, wurde abgelehnt, da man allgemein der Ansicht war, daß alsdann ein Herangehen der Indifferenten zur Organisation noch bedeutend schwieriger würde. Der Verband bleibt also in der bisherigen Form bestehen.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Statutenberathung, welche infolge von Anträgen auf Zulassung ungelerner und weiblicher Arbeiter zum Verband, auf Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung u. s. w. notwendig wurde. Der Kassirer Schlüter begründete die diesbezüglichen Anträge mit dem Hinweis darauf, daß die Anstellung „ungelerner“ Arbeiter in den Fabriken überhand nehme. Auf 200 bis 300 ungelernete Arbeiter entfallen höchstensfalls 30 Berufsetzer. Diese Hilfsarbeiter sollen durch rege Agitation für die Organisation gewonnen werden. Pögen nahm hierbei Gelegenheit zu erklären, daß auch er eifriger Anhänger der Berufsorganisation sei und daß er nicht, wie fälschlich angenommen werde, für Industrieverbände schwärme. Im übrigen trat er für Arbeitslosen-Unterstützung und für Aufnahme der Hilfsarbeiter in die Organisation ein. Nur der Delegirte aus Schlotheim bedauerte, gegen eine Erhöhung der Beiträge stimmen zu müssen, weil in seiner Heimath der Lohn der Seiler täglich nur 1 Mark 20 Pf. betrage und sie daher armer stände seien, durch eine Erhöhung der Beiträge die Mittel zur Arbeitslosen-Unterstützung aufzubringen. Gegen eine Stimme genehmigte der Verbandstag die Anträge des Hauptvorstandes.

Alle übrigen Anträge wurden hierdurch hinfällig. Als Votum wurde wiederum Altona und als Sitz des Ausschusses Kiel bestimmt. Die Wahl zum ersten Vorsitzenden fiel wieder auf Schaad, ebenfalls bleibt Schlüter Kassirer. Die Wahl der übrigen Vorstandmitglieder und des Ausschusses bleibt den Kollegen an dem betreffenden Ort überlassen. Der „Textilarbeiter“ ist nach wie vor Publikationsorgan auch des Seilerverbandes. Gruner-Berlin theilt noch mit, daß ihn bereits vor einigen Wochen ein Kriminalbeamter wegen der Frage des Anschlusses an den Textilarbeiter-Verband auszuforschen versucht habe. Dem Delegirten von Schlotheim, der der Versammlung eine ergreifende Schilderung des Elends der dortigen Seilerfamilien vor Augen führte, versprach Pögen die moralische Unterstützung der Generalkommission bei jedem Versuch, den sie auf Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse unternehmen sollte.

Am Abend des 1. Feiertages waren die Arbeiten des Verbands...

Begrüßungsschreiben und Telegramme waren aus allen Theilen Deutschlands...

Zu Ehren der Delegirten veranstaltete die hiesige Filiale des Verbandes...

Verband deutscher Barbier, Friseur und Verkleidender, Zweigverein Berlin...

Schulung der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen...

Arbeiter-Bildungsschule, Donnerstag, Abends 8-10 Uhr: Nord-Schule...

Bei allen Unterrichtssachen können Schüler und Schülerinnen auch jetzt im Laufe des Semesters...

Tele- u. Dichterkreis, Donnerstag, Dieragen, Abends 8 Uhr, bei Schröder...

Club der Freunde der Stadt, Sonntag, Abends 8 Uhr, bei Schröder...

Safelclub, Abends 8 Uhr, Restaurant Wilsdorf, Baumfällenschen Garten...

Socialistischer Les- und Diskussionsklub, Abends 8 Uhr, Reichensbergerstr. 157...

Donnerstag nach dem 1. und 2. Sonntag des Monats, Abends 8 Uhr, bei Schröder...

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgebung, Alle Versammlungen im Vereinslokal...

Donnerstag, Abends 8 Uhr, Aufnahmehaus Wilsdorf, St. Urban, Kottbuscherstr. 9...

Prüfung, Samstag, Abends 8 Uhr, bei Schröder, Kottbuscherstr. 16...

Wochenversammlung, Sonntag, Abends 8 Uhr, bei Schröder, Kottbuscherstr. 16...

Freie Sänger, Sonntag, Abends 8 Uhr, bei Schröder, Kottbuscherstr. 16...

Stadt, - Eintracht, Neu-Blende, Rudowstr. 6, Goldschmidt...

Oranienburgerstr. 2, am hiesigen Plage wie bekannt größte Auswahl!

Garantie für sicheren Brand, Streng reelle Bedienung, billigste Preise!

Oranienburgerstr. 2, am hiesigen Plage wie bekannt größte Auswahl!

Garantie für sicheren Brand, Streng reelle Bedienung, billigste Preise!

Oranienburgerstr. 2, am hiesigen Plage wie bekannt größte Auswahl!

Garantie für sicheren Brand, Streng reelle Bedienung, billigste Preise!

Oranienburgerstr. 2, am hiesigen Plage wie bekannt größte Auswahl!

Garantie für sicheren Brand, Streng reelle Bedienung, billigste Preise!

Oranienburgerstr. 2, am hiesigen Plage wie bekannt größte Auswahl!

Garantie für sicheren Brand, Streng reelle Bedienung, billigste Preise!

Oranienburgerstr. 2, am hiesigen Plage wie bekannt größte Auswahl!

Garantie für sicheren Brand, Streng reelle Bedienung, billigste Preise!

Oranienburgerstr. 2, am hiesigen Plage wie bekannt größte Auswahl!

Garantie für sicheren Brand, Streng reelle Bedienung, billigste Preise!

Oranienburgerstr. 2, am hiesigen Plage wie bekannt größte Auswahl!

Garantie für sicheren Brand, Streng reelle Bedienung, billigste Preise!

Vermishtes.

Der Direktor und der Sekretär des Münzamt in Rom wurden am Dienstag von einem Diener durch Messerhiebe leicht verletzt...

Deutschen.

Wien, 28. März. Der sozialdemokratische Parteitag erklärte sich heute vor der Abstimmung über die Resolutionen auf den Antrag der tschechischen Delegirten...

Drüffel, 28. März. Wie die 'Chronique' meldet, ist kurz vor dem Passiren des Eisenbahntunnels, in welchem die Königin von England ihre Reise nach Italien zurücklegte...

London, 28. März. Wie die 'Times' aus Philadelphia melden, soll die Regierung der Vereinigten Staaten die Behörden in den atlantischen Häfen angewiesen haben...

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Zahnreinigung...

Altenberg's Färberei, Wäsjerei, Garderob.-Reinigungs-Anst., Neujakobstr. 17...

Fraget jede Hausfrau, welche Karol Weil's Seifenextract benutzt hat, und sie wird Euch sagen: 'Es gibt nichts Besseres; viel leichter ist die Arbeit...'

E. Gieseler, Möbel-Fabrik, gegr. 1872, Seydelstraße 30. billiger Verkauf...

Tokayer, med. süßer Ungarwein, Literflasche 2,10 M., 5 Flaschen 1,85 M.

Metzner's Korbwaren-Fabrik, Berlin, 1. Gesch.: Andreasstr. 23, 2. Gesch.: Brunnenstr. 95...

Geschäftshaus S. Heine, Die Firma besteht seit 1873. Leinen- und Elsasser Baumwollwaren. Bettzeuge, Tischzeuge, Handtücher etc.

Ausstellung Italien in Berlin, Mai-October 1894, auf dem Terrain der West-Eisbahn (Stadtbahn-Station Zoologischer Garten).

Roh-Tabak, A. Goldschmidt, 4483L. am hiesigen Plage wie bekannt größte Auswahl!

Leppiche, Große Vollen in Drüffel-Imitat. Tapestry, Plüsch, Kaminster und Smyrna...

Portiärenrest-Bestände, von 1-6 Shawls, sowie in Resten v. 4-12 Mtr. spottbillig.

Steppdecken, echt Wollatlas (reine Wolle) Größe 150 x 200, Stück 7,50 M.

Normal-Schlafdecken, mit kleinen Maschinenflecken, in reizenden Jacquard-Mustern, Größe 150 x 200 cm.

Roh-Tabak, Größtes Lager. Billigste Preise. Beste Marken. Reelle Bedienung.

Kinderwagen, größtes Lager Südostens, hauptsächlich Nücher'sche Waare, bester Fabrikat.

Charlottenburg, Meine Wohnung befindet sich von jetzt ab Wilmersdorferstr. 152a.

Kleines Vereinszimmer mit Klavier Wallnertheaterstr. 20 h. Futter. 26586

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für

Gold-, Silber-, Alfenidewaren (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich H. Gottschalk,

zur pünktlichen Lieferung des 'Vorwärts' u. s. w. für Berlin Ost u. Nordost empfiehlt sich Th. Kutzleb, Zeitungspediteur.

Schleuniger Ausverkauf der Restbestände aus der Konkursmasse, als Teppiche, Portiären, Gardinen, Stepp- und Tischdecken, Läuferstoffe,

1000 Sophastoffreste der haltbarsten und modernsten Stoffe werden bedeutend unter den Taxpreisen anverkauft.

Polsterwaren und Möbel, solide Arbeit, in eigener Werkstatt gefertigt. A. Mann, Tapezier und Dekorateur.

!! Roh-Tabak !! Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tabelloser Brand, in billigster Preislage.

Kinderwagen, größtes Lager Südostens, hauptsächlich Nücher'sche Waare, bester Fabrikat.

Kinderwagen, größtes Lager Südostens, hauptsächlich Nücher'sche Waare, bester Fabrikat.

W. Holze, Oranienstr. 3, Um geehrten Besuch bittet W. Hermann Müller, Neue Friedrichstr. 9.

Rechtsbureau des Königl. Amtsrichters Dr. Alte Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten.

Heil-Institut n. d. Lehre Dr. Hahnemann's, Grüner Weg 41, I. Sprechst.: 10-11 u. 2-5, Sonnt. 8-10

Wichtig für jede Dame! Elegante Regenmäntel 7-10 M., Modell-Regenmäntel, hochlegant, 10 bis 18 M.

Schottischer Schäferhund, langhaarig, schwarzbraunlich, Nickel-Mantel, Steuerkarte 30 356, entlaufen.

Ein gut erhalt. Kinderwagen bill. zu verk. F. Cue, Seydelstr. 11, S. 8 Tr.

Mahag. Bettst. m. Matr., Spiegel m. Konf., Sopha Stalligerstr. 145, 4 Tr. I.

billige Miethe, per St. Wohnungen, sofort und zum 1. April, Wolgasterstr. 3/4. 21506*

Freundliche Hofwohnungen für den 9. d. M. in Moritzplatz, Stube, Küche, Korz., Klof. etc. sehr preisw.

Möbl. Zimmer zu verm., sep. Eing., Waldemarstr. 51, v. 4 Tr., b. Fr. Bloch.

Möbl. Schlafst. f. 2 Herren b. Rudol., Manteuffelstr. 99, v. 3 Tr., II. Eing.

Frei. Schlafst., sep. Eing., Straußbergerstr. 27, 3 Tr. r. Stahl. 26626

Eine freundl. Schlafst. bei Kroll, Prinzenstr. 21, S. 2 Tr. I. 26636

Schlafst. f. 2 Herren, sep. Eing., Friedrichstr. 298, S. r. 2. Aufg., 4 Tr.

Möbl. Schlafst. f. Herrn Plan-User 91, v. 3 Tr. b. Lapp (Admiralbrücke).

1 od. 2 Z. find. freundl. möbl. Schlafst., sep. Eing., Mariannenstr. 10, v. 2 Tr., bei Kralowstg. 26736

Arbeitsmarkt, 3 Mädchen, 14 Jahre, Tags über zu Kindern verlangt; Gerstner, Auguststr. 50b, Querweg. 4 Tr. 26546